Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz).

Verlag der Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.

Postsendungen franko gegen franko. Gewöhnliche Briefe nach der Schweiz kosten Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreis von: Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband) Mk. 3.— für Deutschland (Couvert) fl. 1.70 für Oesterreich (Couvert) Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate die dreigespaltene Petitzeile 25 Cts. — 20 Pfg.

№ 23. Donnerstag, 4. Juni 1885.

Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat."

Da der „Sozialdemokrat" sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr nothwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel versäumt werden, die Briefmarder über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterforderniß ist hiezu einerseits, daß unsere Freunde so selten als möglich an den „Sozialdemokrat", resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; anderseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgetheilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Rekommandirung. Sodann an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat" unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Der Parlamentarismus und die Sozialdemokratie.

Herr Eugen Richter hat es den Vertretern der Sozialdemokratie bekanntlich zum Vorwurf gemacht, daß sie sich an den parlamentarischen Arbeiten nicht in gleichem Maße betheiligt hätten wie die Abgeordneten der Fortschrittspartei. Soweit damit die sozialdemokratischen Abgeordneten einer Pflichtversäumniß geziehen wurden, haben wir die Grundlosigkeit des Vorwurfs nachgewiesen. Freilich, wir Sozialdemokraten fassen den Parlamentarismus und folglich auch die parlamentarischen Pflichten ganz anders auf, wie Herr Eugen Richter und die Fortschrittspartei.

Insoweit der Parlamentarismus das Prinzip der Volkssouveränität einschließt und zur Geltung bringt, sind wir allerdings für den Parlamentarismus, obgleich wir das heutige System der Volksvertretung keineswegs als mustergiltig betrachten. Den Schwerpunkt unserer Thätigkeit können wir aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht in die Volksvertretung legen.

Trotz des Mandatzuwachses, welchen die letzte Wahl uns gebracht hat, sind unsere Reichstagsabgeordneten doch in einer so verschwindenden Minorität, daß sie direkt auf die Gesetzgebung und Regierung keinen Einfluß ausüben können. Zu Anfang der Session herrschten in dieser Beziehung noch allerlei Illusionen; der Verlauf und die Praxis der Session haben es jedoch mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit festgestellt und dafür gesorgt, daß die Bäume des sozialdemokratischen Parlamentarismus und der parlamentarischen Sozialdemokratie nicht in den Himmel wachsen.

Es ist eben ein Glück, daß die Logik der Thatsachen der Logik der Menschen nachhilft und erforderlichenfalls sie korrigirt. Das Arbeiterschutzgesetz des Jahres 1885 hat ganz genau dasselbe Schicksal gehabt wie das Arbeiterschutzgesetz des Jahres 1877 — es ist in den Papierkorb gewandert und hat, gleich jenem, nur den Nutzen gehabt: in Arbeiterkreisen propagandistisch zu wirken und die Ueberzeugung zu verbreiten, daß von den Vertretern der besitzenden Klassen niemals das Heil zu erwarten ist, und daß die Arbeiter, wenn sie im Ernst ihre Emanzipation wollen, sich ausschließlich auf die eigene Kraft verlassen müssen.

Und damit ist Ziel und Wesen unserer parlamentarischen Thätigkeit vorgezeichnet: der Schwerpunkt derselben liegt nicht innerhalb, sondern außerhalb des Parlamentes — das Parlament ist gewissermaßen nur der Hebelpunkt für die Wirkung nach Außen, d. h. auf das Volk.

Von Anfang an, wir meinen vom Anfang unserer Parteigeschichte an, wurde die Aufgabe der sozialdemokratischen Abgeordneten auch so aufgefaßt; ein halbes Dutzend Kongresse hat Beschlüsse in diesem Sinn gefaßt, und die letzte Reichstagssession hat, trotz der verdoppelten Zahl unserer Vertreter, die Richtigkeit dieser Auffassung auf's Eklatanteste bestätigt.

Die parlamentarische Thätigkeit der Sozialdemokratie ist wesentlich eine agitatorische und propagandistische — nicht eine legislatorische (gesetzgebende). Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß wir auf jede legislatorische Thätigkeit zu verzichten hätten — soweit uns eine solche mit praktischem Erfolg möglich, haben wir sie zu üben und sowohl an den Debatten als an den Abstimmungen theilzunehmen. Allein das ist eine sehr nebensächliche Thätigkeit. Auch bei eigentlichen „Arbeitergesetzen" wird unser parlamentarisches Wirken stets ein propagandistisch-agitatorisches sein müssen.

Das möge Herr Eugen Richter sich merken. Und er möge sich merken, daß die „großen parlamentarischen Kämpfe" der Gegenwart uns unmittelbar gar nichts oder nur sehr wenig angehen. Weder in dem kirchenpolitischen Kampf zwischen Reichsregierung und Zentrum, noch an dem ökonomischen Interessenkampf zwischen mobilem und immobilem Kapital, zwischen Schutzzöllnern und Freihändlern, zwischen agrarischen und industriell-kommerziellen Ausbeutern sind wir Sozialdemokraten betheiligt — wir haben aus diesen Kämpfen nur den größtmöglichen Vortheil für die Sache der Arbeiter zu ziehen und müssen uns vor Allem hüten, durch überflüssiges Eingreifen die Zuspitzung der Gegensätze zu verhindern.

Unsere wichtigste parlamentarische Thätigkeit findet statt vor dem Zusammentritt des Parlaments: sie besteht in der Wahlagitation und im Wählen. Die Thätigkeit in dem Parlament ist lange nicht so wichtig, obschon sie keineswegs unterschätzt werden soll. Nur darf der propagandistisch-agitatorische Zweck nie aus den Augen verloren werden. Sonst gerathen wir auf Irrwege und versinken schließlich im Sumpf des Parlamentarismus.

Zur wirthschaftlichen Entwickelung.

Der Jahresbericht der Handels- und Gewerbekammer für Oberbayern pro 1884 ist vor Kurzem erschienen. Derselbe — in gewissem Sinne immerhin ein amtliches Dokument — liefert einen interessanten Beitrag zur Beurtheilung des Entwickelungsganges unserer wirthschaftlichen Verhältnisse überhaupt.

„Das Jahr 1884", heißt es in dem Bericht, „war, so viele Neuerungen, neue Entwürfe und Gedanken auf wirthschaftspolitischem Gebiet es brachte, glücklicherweise frei von Ereignissen, welche auf das Geschäftsleben einen plötzlichen und heftigen Einfluß üben können. Von Geschäftsstockungen, wie sie mehr oder weniger die Nachbarländer heimsuchte, blieb Deutschland verschont, das geschäftliche Leben hatte unter dem Bewußtsein einer friedlichen Zeit ein Jahr ruhiger Entwicklung, und als Resultat desselben scheint eine weitere Verbesserung in den wirthschaftlichen Verhältnissen konstatirt werden zu können.

Das läßt sich sehr hoffnungsfreudig an: ein Jahr ruhiger Entwicklung, eine weitere Verbesserung — mehr kann man eigentlich gar nicht verlangen.

Aber der hinkende Bote kommt nach.

„Nach den vorliegenden Berichten", fährt der Bericht fort, „hat sich die allgemeine Lage von Handel und Gewerbe wenig verändert. Keinesfalls kann von einer Wendung zum Schlechteren in erheblichem Maße gesprochen werden."

Das klingt schon etwas anders; wenn die „weitere Verbesserung" darin zu suchen ist, daß keine „Verschlechterung in erheblichem Umfang" vorliegt, so scheinen die Ansprüche, welche der Verfasser des besagten Berichtes an eine solche stellt, ja sehr bescheiden zu sein.

Hören wir ihn weiter.

Nach einer Aufzählung der Branchen, welche die Geschäftsergebnisse des Jahres 1884 als mehr oder weniger günstig bezeichnen, und derjenigen, welche über schlechten Geschäftsgang klagen, fährt er fort:

„Allerdings war in der Regel das quantitative Ergebniß günstiger als das qualitative. Zahlreiche Branchen sind mit dem erzielten Umsatz zufrieden, klagen aber, daß die gedrückten Preise keinen entsprechenden Gewinn übrig ließen. Das Mißverhältniß zwischen Produktion und Konsumtion wird beinahe von jeder Geschäftsbranche schwer empfunden. Die Preise der Rohstoffe wie der Fabrikate sind in fortwährendem Sinken begriffen und haben theilweise den niedrigsten Stand des Jahrhunderts erreicht. Hiezu kommt, daß die Preise der Fabrikate in keinem Verhältnisse zu denen der Rohmaterialien und Arbeitslöhne stehen. Das Vorhandensein einer weitverbreiteten Ueberproduktion ist ebensowenig zu bestreiten, als die Thatsache, daß es sich hier um eine mit der modernen Wirthschaftsordnung unzertrennliche Erscheinung handelt und ein allgemein befriedigendes Heilmittel wohl schwerlich so bald gefunden werden wird.

„Im Einzelnen sind es hauptsächlich die handwerksmäßigen Gewerbe, welche über ungünstige Ergebnisse des Jahres 1884 klagen, während die günstigen Urtheile hauptsächlich aus den Kreisen der Großindustrie stammen."

Hier finden wir just das Gegentheil von dem ausgesprochen, was im Eingangs zitirten Satz gesagt wird; dagegen stimmt diese aus den Berichten direkt geschöpfte Charakteristik der wirthschaftlichen Entwickelung von A bis Z mit dem überein, was die sozialistische Lehre seit Langem festgestellt hat: die ständige Tendenz zur Ueberproduktion, als nothwendige Folge der wirthschaftlichen Konkurrenz, bringt das Kleingewerbe dem vollständigen Ruin immer näher, nur die Großindustrie vermag sich im Konkurrenzkampf zu halten.*)

Und diese Thatsache manifestirt sich in einem Jahr, das als ein Jahr „ruhiger Entwicklung" bezeichnet werden mußte!

„Die Arbeitslöhne," heißt es alsdann, „über welche der Jahresbericht ausführliche Spezialangaben macht, haben im Jahresbericht keine wesentliche Veränderung erlitten. Eine Verminderung ist jedenfalls in größerem Umfange nicht eingetreten.

„Die gefundenen Sätze des Arbeitslohnes übersteigen fast durchweg den gelegentlich der Krankenversicherung der Arbeiter ortsüblichen Taglohn, welch' letzterer in Oberbayern, und zwar für männliche Arbeiter zwischen 1 Mk. 30 Pf. und 2 Mk. 80 Pf., für weibliche Arbeiter zwischen 1 Mk. und 1 Mk. 50 Pf. sich bewegt."

Hier ist also wiederum nur „keine wesentliche Verminderung" zu verzeichnen; an einer anderen Stelle heißt es, daß von 15 Berichten ein Gleichbleiben, von 3 ein Steigen und von 6 ein Fallen der Arbeitslöhne verzeichnet wird.

Wir bezweifeln, daß die Arbeiter eine solche Entwicklung als eine „weitere Verbesserung" betrachten.

Es heißt dann weiter:

„Ein bei Weitem schlechteres Bild der wirthschaftlichen Gesammtlage gewähren die Aeußerungen der Provinzstädte und Landgemeinden, welche die Handels- und Gewerbekammer zur Ergänzung der meist aus München stammenden Berichte der einzelnen Industriezweige eingefordert hat. Nach diesen Aeußerungen haben sich die Verhältnisse in den Landstädten und auf dem flachen Lande, die schon im Vorjahr als wenig erfreulich geschildert worden waren, noch weiter verschlechtert.

...„Die uns zugegangenen Berichte äußern sich ... fast übereinstimmend dahin, daß die Kaufkraft der Landbevölkerung, von welcher in erster Linie die Gewerbe in den kleineren Orten abhängen, entschieden abgenommen habe."

Hiezu macht die Handelskammer folgende Bemerkung:

„Es ist freilich bei derartigen allgemeinen Urtheilen noch schwerer als bei den Aeußerungen über einzelne Industriezweige festzustellen, wie weit die subjektive Ansicht die thatsächlichen Verhältnisse wiedergibt. Die Vermuthung liegt nahe, daß, wie überhaupt das moderne häufigere Fragen nach dem wirthschaftlichen Wohlbefinden die Neigung zum Klagen begünstigt, so namentlich die bäuerliche Bevölkerung durch die Agitation für die Erhöhung der Getreidezölle, dann das Kleingewerbe durch die Agitation für Revision der Gewerbeordnung an pessimistische Betrachtungen und an den Gebrauch kräftiger Schlagworte häufig erst gewöhnt worden sind."

Wir wollen dem eine gewisse Berechtigung nicht absprechen und geben unbedingt zu, daß man, um sicher zu ermessen, wie weit solche allgemeine Urtheile der Wirklichkeit entsprechen, die anderweitigen Faktoren, die zur Messung des Volkswohlstandes dienen, in Betracht ziehen müßte, indeß die Uebereinstimmung der Berichte aus den Provinzstädten und den Landstädten ist doch nicht durch bloße Agitation zu erklären. Hier ist thatsächlich Vieles faul. Wenn das Kleingewerbe in den großen Städten zurückgeht, dann ist nicht anzunehmen, daß es in den Landstädten floriren soll. Man kann auch den Spieß umkehren und sagen, wenn es den Handwerkern und Kleinbauern gut ginge, so würde die agrarische und zünftlerische Agitation bei ihnen nicht den Anklang gefunden haben, den sie in der That gefunden.

Uebrigens heißt es auch in dem Bericht der Handels- und Gewerbekammer für Niederbayern:

„Was die Lage des Kleingewerbes betrifft, so lasse dieselbe bekanntlich seit Jahren Vieles zu wünschen übrig, und sei auch hier, wie in der Industrie, in Folge der großen Anzahl neu entstandener und täglich neu entstehender Geschäfte der Verdienst sehr geschmälert; und doch sollen den Neuanmeldungen von Geschäften fast eben so viele Abmeldungen gegenüberstehen."

Und die Gesammtlage der Industrie charakterisirt dieser Bericht folgendermaßen:

„Ueberproduktion fast auf allen Gebieten des wirthschaftlichen Lebens, langsames Zurückgehen der Preise für die erzeugten Fabrikate, geringer Geschäftsnutzen bei angestrengtester Thätigkeit und emsigem Suchen nach neuen Absatzwegen. Es sei vorläufig nicht abzusehen, wodurch eine Besserung der gegenwärtigen Verhältnisse herbeigeführt werden könnte, denn die Vermehrung unseres Exportes halte wenigstens zur Zeit nicht gleichen Schritt mit der Zunahme der Leistungsfähigkeit unserer Industrie."

Es mag sein, daß auch hier tendenziöse Schwarzmalerei die Dinge übertrieben hat, aber sie kann die Thatsachen nicht auf den Kopf stellen. Im Einzelnen mag es hier und da besser aussehen, als es nach den Berichten erscheint, die Gesammtbewegung aber ist unleugbar richtig angegeben; und wenn erst die Thatsachen den Beweis geliefert haben werden, daß auch das letzte Heilmittel, auf welches die Anhänger der bestehenden Wirthschaftsordnung ihre Hoffnung gesetzt haben: die Vermehrung des Exports, die Wunder nicht bewirkt, die man von ihm erwartet, so muß sich in immer weiteren Kreisen, selbst des Mittelstandes, die Erkenntniß Bahn brechen, daß aus dem Elend unserer heutigen Wirthschaftsverhältnisse es nur einen Rettungsweg gibt, den Sozialismus.

*) Damit stimmt auch die Bemerkung überein, daß „das quantitative Ergebniß günstiger gewesen sei als das qualitative." Der Grundsatz, daß die „Quantität", die Menge, es bringen muß, ist der Grundsatz der Großindustrie, das Kleingewerbe kann nur bei qualitativem Erfolge bestehen, wenn der Verkaufspreis einen „anständigen" Gewinn zuläßt. Und ferner stimmt damit die Thatsache überein, daß, während die Anzahl der Konkurse gegen die des Vorjahres etwas abgenommen hat, dies in Bezug auf die Wechselproteste nicht der Fall gewesen. Die Kleinhandwerker haben zwar auch mit Wechseln zu thun, oft weit über ihre Verhältnisse hinaus, in offiziellen Konkurs gerathen sie aber verhältnißmäßig seltener als die mittleren und großen Gewerbtreibenden, und zwar weil bei ihnen in der Regel nichts mehr zu holen ist.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 3. Juni 1885.

— Fabrikgesetzgebung und Schule. In Darmstadt tagte in der Pfingstwoche der 26. „Allgemeine deutsche Lehrertag", dessen Verhandlungen diesmal ein spezielleres Interesse unsererseits beanspruchen dürfen. Am zweiten Hauptverhandlungstage wurde nämlich die Frage des Zusammenhanges zwischen Fabrikgesetzgebung und Schule erörtert, und zwar lesen wir in den Zeitungen hierüber:

„In drastischen Zügen entrollte der Referent, Reichstagsabgeordneter Halben (Oberlehrer in Hamburg) ein Bild der Mißstände, welche sich aus der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in Fabriken ergeben und welche mit der fortwährend steigenden Zahl der solchergestalt beschäftigten Kinder auch stets zunehmen. Nach dem letzten Berichte der Fabrikinspektoren waren 124,275 Kinder im Alter von 14—18 Jahren, 18,395 im Alter von 12—14 Jahren in Fabriken beschäftigt; es ergibt dies eine Zunahme von 20 Prozent gegen früher. Wir müssen uns nun der Ausdehnung schreiender Uebelstände energisch widersetzen. In vielen Bergwerken macht es die Art der Arbeit nothwendig, daß beide Geschlechter fast nackt in einem und demselben Raume zusammen arbeiten, über die weiblichen Personen führen Männer die Aufsicht, die Arbeitspausen werden meist gemeinschaftlich in der nächsten Schenke ausgefüllt. So werden nach und nach alle Früchte der Schulzucht zerstört. Wir aber wollen das, was wir mit schweren achtjährigen Mühen an den Kindern herausgebildet, ihnen auch erhalten. Von den Eltern ist meist keine Besserung der Zustände zu erwarten, denn diese wollen, daß ihre Kinder möglichst viel Geld verdienen. Nun ist zwar für diese Kinder allerdings eine Fabrikschule errichtet worden, in welcher der Fabrikherr Unterricht ertheilen zu lassen hat. Diese Schule ist aber in Wirklichkeit nur eine pädagogische Mißgeburt, da die Interessen des Fabrikherrn nur zu oft von dem der Kinder abweichen und der wechselnde Bestand, die Ueberfüllung mit den verschiedensten Elementen, einen Erfolg nicht erhoffen läßt. Also Fortfall oder thunlichste Einschränkung der Kinderarbeit in den Fabriken. Redner faßt seine bezüglichen, von dem lebhaftesten Beifall begleiteten Ausführungen in folgenden Thesen zusammen:

„Die 26. Allgemeine deutsche Lehrerversammlung hält im Interesse der geistigen und körperlichen Erziehung der heranwachsenden Jugend, sowie zur Abwehr schwerer sozialer Schäden die Berücksichtigung der nachstehenden Bestimmungen in die Gesetzgebung des Reiches und der Einzelstaaten für dringend erforderlich und richtet an alle deutschen Lehrervereine die Aufforderung, durch Eingaben an die zuständigen gesetzgebenden Behörden die Annahme dieser Vorschriften herbeizuführen:

1) Kinder, welche das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, oder welche noch zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind, dürfen in Fabriken, Bergwerken, Steinbrüchen und ähnlichen industriellen Betrieben

nicht beschäftigt werden. 2) Für verheiratete Frauen ist die Arbeitszeit in Fabriken so zu begrenzen, daß die Kinder der ihnen nöthigen mütterlichen Pflege und Zucht nicht entzogen werden. Von den Aufsichtsbehörden ist außerdem der Nachweis zu führen, daß die Kinder während der Arbeitsstunden der Mütter unter Aufsicht erwachsener Personen stehen. 3) Die Verpflichtung zum regelmäßigen Besuch der Fortbildungsschule ist für die in Fabriken beschäftigten jugendlichen Arbeiter beiderlei Geschlechts bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahre zu erstrecken. Die Fortbildungsschule soll nicht nur die allgemeine Schulbildung ergänzen und befestigen, oder die gewerbliche Vorbildung unterstützen, sondern sie soll vor Allem erziehlichen Zwecken dienen, auch soll sie ihren weiblichen Zöglingen, soweit irgend thunlich, Anleitung zu häuslicher Ausbildung geben."

Diese Thesen, welche einstimmig angenommen wurden, können wir als ein Zeichen wachsenden Verständnisses für den Zusammenhang aller Zweige des sozialen Lebens mit den wirthschaftlichen Verhältnissen nur begrüßen. Kommen sie doch den betreffenden Forderungen des Arbeiterschutzgesetzes unserer Abgeordneten ziemlich nahe. Vom Referenten hätte man billigerweise ein Eingehen auf die Gründe erwarten dürfen, warum viele Eltern „wollen, daß ihre Kinder möglichst viel Geld verdienen." Dann würde es sich gezeigt haben, daß fast alle diese Eltern auf den Miterwerb ihrer Kinder angewiesen sind, daß also die Fabrikgesetzgebung nicht nur in Bezug auf Frauen- und Kinderarbeit, sondern auch in Bezug auf die Verhältnisse der erwachsenen männlichen Arbeiter die Schule in eminentem Grade angeht. Und wenn es in These 2 heißt, daß für verheirathete Frauen die Arbeitszeit in Fabriken so zu begrenzen ist, daß die Kinder der ihnen nöthigen mütterlichen Pflege und Zucht nicht entzogen werden, so begreift auch diese Forderung, wenn sie nicht todter Buchstabe bleiben soll, ein viel einschneidenderes Eingreifen der Gesetzgebung in unsere Arbeitsverhältnisse ein, als es sich die Beschlußfasser und der deutsch-freisinnige Referent wahrscheinlich haben träumen lassen.

Indeß das steht auf einem anderen Kapitel. Jedenfalls ist der Beschluß des Lehrertages von uns anzuerkennen. Er wird bei der Agitation für die Arbeiterschutzgesetzgebung von großem Nutzen sein.

— Charity begins at home.*) Die christliche Liebe, das heißt „das praktische Christenthum", fängt zu Hause an — dieses gute englische Sprichwort hat der „eiserne" Otto (die Stirn ist jedenfalls eisern) zu seinem Wahlspruch gemacht und auch mit vielem Geschick und Erfolg verwirklicht. Man muß das „praktische Christenthum" nur richtig verstehen. „Praktisches Christenthum" ist die Praxis der „Anwälte des armen Mannes". Und die Praxis der „Anwälte des armen Mannes" ist, „Millionäre" zu züchten auf Kosten des armen Mannes, der von den abfallenden Brosamen der Millionäre zwar nicht üppig leben, aber möglicherweise doch bescheiden vegetiren kann, während er ohne diese Brosamen sicher verhungern müßte — wie die „Anwälte" meinen. Also „Millionäre" züchten — das ist das große Ziel der „Anwälte des armen Mannes", welche zu gleicher Zeit auch die Väter und Geburtshelfer der „Sozialreform" sind. „Millionäre" züchten —

„das ist die ganze Wissenschaft,
das ist die höchste Philosophie,
das ist des Lebens tiefster Sinn" —

das ist das volkswirthschaftliche, sozialpolitische, sozialreformatische, die Lösung der Arbeiterfrage unfehlbar herbeiführende Programm unseres „Oedipus des 19. Jahrhunderts", der, gleich dem Original-Oedipus der griechischen Mythe, das Räthsel der Sphynx gerathen hat und auf dem richtigen Weg ist, — wenn dieser Weg auch ein Holzweg ist, nämlich der Weg der Holzzölle (wozu Getreidezölle und andere schöne Zölle zur Züchtung von „Millionären" gehören). Genug, die Züchtung von Millionären ist das große und schöne Ziel des „praktischen Christenthums", und dieses große und schöne Ziel hat unser braver Reichskanzler, der ja der Hauptarbeiter im Weinberge des „praktischen Christenthums" ist, dem englischen Sprichworte getreu, für seine eigene Person im vollsten Maße erreicht. Ein nationalliberales Blatt, das „Leipziger Tageblatt", rechnete dieser Tage aus, er habe vor Einführung der neuen Getreidezölle aus seinem landwirthschaftlichen Grundbesitz — der forstwirthschaftliche trägt ihm noch weit mehr ein, wir wollen nur an den berühmten Sachsenwald erinnern — ungefähr 300,000 Mark jährlich gezogen; in Folge der Getreidezölle habe sich dieser jährliche Ertrag aber um etwa 40,000 Mark erhöht. Wir glauben, daß das zu niedrig veranschlagt ist. Immerhin ists, auch wenn wir an den Ziffern des „Leipziger Tageblattes" festhalten, eine ganz respektable Leistung von „praktischem Christenthum", und zeigt, wie gut es ist, wenn ein „Anwalt des armen Mannes" „die Klinke der Gesetzgebung" in der Hand hat — nämlich wie gut für den Anwalt! Die 340,000 Mark jährlich, welche das „Leipziger Tageblatt" ausgerechnet hat, stellen einen Grundbesitz im Werthe von 8 ½ Millionen dar; der Sachsenwald allein wurde schon vor 10 Jahren auf 15 Millionen geschätzt und ist jetzt mindestens 20 Millionen werth. Fügen wir noch die übrigen Besitzungen unseres „Anwalts des armen Mannes" hinzu, und außerdem seine verschiedenen Staatseinnahmen, die sich auf 100,000 Mark jährlich belaufen mögen, so kommen wir zu dem Schluß, daß der eiserne Kanzler die soziale Frage für seine Person unübertrefflich gelöst hat, und in der That ein praktischer Christ ist, wie er praktischer nicht gedacht werden kann. Dem Verdienst seine Krone!

— Der „Krieg mit Zanzibar" scheint in der That zur Wahrheit werden zu sollen. Wenigstens wissen die Blätter von außerordentlichen Ausrüstungen verschiedener Schiffe der deutschen Marine zu zu melden. So brachte die „Weser-Zeitung" vor einigen Tagen die Nachricht, daß in Wilhelmshaven die Befrachtung zweier von der Marine gemietheten Bremer Dampfer, des „Adler" und des „Ehrenfels", ununterbrochen fortgesetzt wird, und selbst an den beiden Festtagen mit vermehrten Arbeitskräften betrieben wurde. Der „Ehrenfels", heißt es, soll spätestens am 28. Mai expedirt werden und empfängt 1000 Tons Kohlen, Proviant und Munition. Die Segelordres für die beiden Schiffe werden durchaus geheim gehalten; es ist hier jedoch stark die Meinung vertreten, daß der Bestimmungsort der Schiffe Zanzibar ist, woselbst ein Geschwader, bestehend aus den drei Kreuzerfregatten „Prinz Adalbert", „Stosch" und „Elisabeth", zusammengezogen werden soll. Dieser wohlbegründeten Meinung entspricht auch die ganze Art und Weise der Ausrüstung und die ungewöhnliche Hast, mit der Alles betrieben wird; bei einer bloßen Versorgung der Kolonien würde man sich ohne Zweifel mehr Zeit gönnen. Die Kohlenzeche „Germania und Nordstern" bei Bochum ist mit einer bedeutenden Kohlenlieferung beauftragt worden und sendet dieselbe per Extrazüge nach hier. Beide Dampfer erhalten ein Detachement von je 1 Offizier, 1 Arzt, 1 Zahlmeister und 12 Mann. Der „Adler" führt bereits die deutsche Kriegsflagge."

Von den Kosten, vorläufig an Geld, und später — „mit Gottes Hilfe" — an Menschenleben schweigt des Sängers Höflichkeit.

Und wofür diese Opfer?

Für die angebliche Kolonisirung des von der famosen „Ostafrikanischen Kolonisationsgesellschaft" erschwindelten Territoriums. Wir sagen, die angebliche Kolonisirung, denn an eine wirkliche Kolonisirung dieses Fieberheerdes dürfte gar nicht zu denken sein. Was es überhaupt mit der Kolonisirung Afrikas in der Praxis für ein Bewandtniß hat, lehren die Erfahrungen Frankreichs in Algier. In der „Berliner Volksztg." finden wir einen Auszug aus Yves Guyot's Werke über Kolonialpolitik, der vortrefflich dazu geeignet ist, etwa noch in Illusionen Befangenen die Augen zu öffnen.

Die Nähe Algier's (der Dampfer fährt in ca. 2 Tagen von Marseille nach Algier), erzählt Guyot, schien anfangs auf die Auswanderung so anziehend zu wirken, daß die Regierung eine Massenauswanderung und eine Entvölkerung des Mutterlandes befürchtete und daher 1832 durch Gesetzerlasse und Verwaltungsmaßregeln diesem drohenden Uebel zuvorzukommen suchte. Man hat sich seitdem so sehr von der Grundlosigkeit dieser Befürchtung überzeugt, daß man alle erdenklichen Veranstaltungen getroffen hat, um zur Auswanderung dorthin zu reizen. 1848 wurde mit einem Opfer von 50 Millionen Franken eine Anzahl von Kolonisten hinüber befördert; jeder einzelne kostete dem französischen Staate, d. h. also den französischen Steuerzahlern, nach den Angaben des Kriegsministers die Kleinigkeit von 8000 Fr. Die Nachrichten lauteten indessen bald so trostlos, daß eine Enquetekommission zur Untersuchung der Sachlage hinübergeschickt wurde, welche zwar von einer zutreffenden Schilderung des dort gefundenen Elends Abstand nahm, aber doch zu dem vielsagenden Schluß gelangte, es sei nicht angezeigt, in Zukunft weitere Ackerbaukolonien in Algerien zu gründen.

Man versuchte die Sache auf andere Weise in Gang zu bringen. 1857 wurde 80,000 Personen freie Ueberfahrt bewilligt, 70,000 kamen wieder zurück. 1871 glaubte die Nationalversammlung den Verlust von Elsaß-Lothringen beinahe dadurch ausgleichen zu können, daß sie den Bewohnern jener Landestheile 100,000 Hektaren Land in Algerien überwies. Aber von 159,000 Optanten gingen nur 3261 hinüber; 155,000 waren klug genug, sich nicht darauf einzulassen. Die Unterbringung von 960 Familien kostete 6 Millionen. Von den 3261 Personen waren nach 3 Jahren kaum noch 2000 vorhanden. Man schob den Mißerfolg auf die Ungeschicklichkeit der Verwaltung, und die Privatthätigkeit bemächtigte sich der Sache, ohne indessen bessere Resultate zu erzielen.

Nach den Protokollen des Conseil supérieur de l'Algérie befinden sich im Dorfe Aïn Nagout auf 28 Landantheilen noch 3 Ansiedlerstellen mit zusammen 4 Personen. In Fontaine Claude auf 29 Loosen noch acht Einwohner und so weiter. Ganze Dörfer sind ausgestorben und die Häuser verfallen. In anderen ist es überhaupt zu keiner Ansiedelung gekommen, so in Aïr Djar, das offiziell schon 1830 kolonisirt worden ist.

Der Verfasser sagt nach Anführung dieser und noch anderer treffender Beispiele:

„Die Verwaltung hat mit der Ertheilung einzelner Landkonzessionen geradezu ein Verbrechen begangen. Der Unglückliche kommt aus Burgund oder aus dem Limousin mit Frau und Kindern und seinen Ersparnissen. Man befördert ihn und weist ihm seinen glücklich erlangten Besitz an; alsbald steht er zwischen der Alternative: entweder auf seinem Grundstück befindet sich Wasser, dann bekommt er das Fieber, oder es findet sich kein Wasser, dann stirbt er Hungers. Ich habe jene, von ihren zu Grunde gerichteten Einwohnern verlassenen Ortschaften besucht. Die Armen lassen meistens das Grab ihrer Frau und Kinder zurück. Einige wenige verbeißen sich; sie wissen nicht, wohin; sie verfallen in eine Art von muselmännischem Fatalismus und erwarten ihr Ende vom Schicksal."

Im Allgemeinen scheint man die Fiebergegenden noch den unfruchtbaren, den Fiebertod dem Hungertod vorzuziehen. Es erinnert das in etwas an den Galgenhumor der Bewohner gewisser, häufigen Ueberschwemmungen ausgesetzter Flußthäler, welche sich in dem Satz äußert: Lieber in der Tiefe versaufen, als in der Höhe verhungern!

So ein „verkommener Franzose" über das „nationale Werk" der Kolonisation Algiers!

Und Algier ist, wie gesagt, in noch weniger Tagen vom Mutterland aus zu erreichen, als die Peters'sche Gründung in Wochen von Deutschland; das Klima Algiers und das Klima wenigstens Südfrankreichs sind bei Weitem nicht so verschieden, als das Klima Deutschlands und das Klima auf dem Territorium der Herren Peters, Graf Pfeil und Konsorten.

Trotzdem aber wagt man es, dem deutschen Volke vorzuschwindeln, es handle sich hier um ein kolonisatorisches Kulturwerk, für welches die Nation einzutreten hat. Um eine ganz gemeine Gründung handelt es sich, die sich von den Gründungen des Jahres 1872 nur insofern unterscheidet, als mittels dieser den Dummen nur das Geld aus der Tasche gelockt wurde, während sie heute gewärtig sein müssen, Geld und Leben einzubüßen. Aber gleich den Gründern von 1872 erfreuen sich die Gründer von heute des Wohlwollens unserer Regierer; es ist ihnen solange sicher, als der Karren nicht gründlich verfahren ist. Dann ist's ja noch immer Zeit, den bekannten Eselsfußtritt zu verabfolgen. Euch das Risiko, mir der Erfolg! — nach diesem Rezept wird man der größte Staatsmann des Jahrhunderts.

Nachschrift. Offiziöserseits stellt man in Abrede, daß die obengenannten Schiffe nach Zanzibar bestimmt seien. Nun, was von offiziösen Ableugnungen zu halten ist, weiß nachgerade jedes Kind.

— Die Proteste, welche die sozialdemokratischen Abgeordneten zum Schluß der Session gegen die unanständige Hast erhoben, mit der „das Schäfchen geschoren" ward, haben unsere parlamentarischen und unparlamentarischen Gegner arg verschnupft. Nur ein fortschrittliches Blatt, die „Leipziger Bürgerzeitung", hatte den Muth, zu sagen, unsere Abgeordneten hätten Recht gehabt und die fortschrittlichen Abgeordneten hätten ebenso handeln sollen.

Dafür wird die „Bürgerzeitung" jedenfalls von Herrn Eugen Richter einen tüchtigen Rüffel beziehen.

— Thersites-Richter ist mit seinen neuesten Lügen und Schimpfereien gegen die bösen sozialdemokratischen Abgeordneten wieder einmal gründlich „hereingefallen". Unter Anderen hatte er bekanntlich von Kayser behauptet, dieser habe einen Bericht in der Petitionskommission nicht fertiggestellt, so daß, als er auf fortgesetzte Mahnungen den Bericht geliefert, seitens der Kommission ein anderes Mitglied mit dem Referat hätte betraut werden müssen. Kayser stellte sofort (in einer Zeitungs-Erklärung) die Sache dahin richtig, daß er den fraglichen Bericht allerdings verfaßt, daß derselbe aber nicht unter seinem Namen erschienen sei, weil er — Kayser — inzwischen wegen Eintritts in eine andere Kommission aus der Petitionskommission habe austreten müssen. Diese Berichtigung wurde von Herrn Richter ignorirt; dagegen hatte der nationalliberale Tröndlin, welcher das Referat nach Kayser's Austritt übernommen, die Anständigkeit, die Darstellung Kayser's für durchaus wahrheitsgemäß zu erklären.

So ist der edle Ritter Eugen also der Lüge und Verleumdung überführt!

Uebrigens wird uns aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt, seitens verschiedener einflußreicher Mitglieder der Fortschrittspartei seien Richter mit Hinsicht auf die bevorstehenden Landtagswahlen Vorwürfe wegen seiner Angriffe auf die Sozialdemokratie gemacht worden. Wir glauben das sehr gern. Die Herren Fortschrittler wissen sehr genau, daß sie bei den Wahlen — den Landtagswahlen wie den Reichstagswahlen — in manchen Kreisen von unserer Gnade abhängen, während wir ihrer Dienste glücklicherweise gar nicht benöthigt sind.

Ob die „einflußreichen Mitglieder der Fortschrittspartei" bei ihrem gestrengen „Chef" etwas ausrichten — wir bezweifeln es — oder nicht, ist uns also höchst gleichgiltig. Die Herren Fortschrittler mögen uns so heftig bekämpfen, wie sie wollen, das kann uns nichts schaden — jedenfalls lassen wir uns dadurch nicht ein Haar breit von unserer Bahn abdrängen. Wir werden den Herren, was sie uns geben, mit Zinseszinsen zurückgeben, und wenn wir ihnen einmal unsere Unterstützung leihen, so wird es, wie bisher nie aus Sympathie für die Herren Fortschrittler, sondern nur in unserem eigenen Interesse geschehen.

Nur unser Parteiinteresse, mit andern Worten das politische Interesse der Arbeiterklasse, kann für uns maßgebend sein, — und deßhalb können auch Diejenigen sich beruhigen, welche da meinen, wir ließen uns vielleicht durch die Schimpfereien des Herrn Eugen Richter zu einer kleinen Annäherung an die Herren Wagner, Wagener und Konsorten verleiten. Da müßten wir doch ganz alberne Burschen sein! Und glaubt man etwa, das Geschimpfe eines parlamentarischen Rohrsperlings, der höchstens das Trommelfell in Gefahr bringt, könnte uns abzwingen, was Bismarck mit seinem Zuckerbrot der Sozialreform und seiner Peitsche des Sozialistengesetzes uns nicht abzwingen konnte?

Das heißt die fortschrittlichen Maulhelden gar wunderbar überschätzen.

— Ein Opfer des Denunziantenthums. In Plauen (im sächsischen Voigtland) verschwand vor Kurzem ein Handwerker und wurde nach einiger Zeit im Walde todt aufgefunden — er hatte sich erhängt.

Wie nachträglich ermittelt wurde, war er das Opfer eines nichtswürdigen Buben, der, um einer Privatrache zu fröhnen, den ganz harmlosen, politisch völlig indifferenten Mann wegen einer angeblichen Majestätsbeleidigung denunzirt hatte. Die Furcht vor dem Prozeß trieb den Unglücklichen zum Selbstmord; wäre es ein energischer Mensch gewesen, so würde er dem Schuft, der ihn denunzirte, einen gehörigen Denkzettel gegeben haben.

Ob die Staatsanwaltschaft gegen den Denunzianten einschreiten wird? Wir bezweifeln es — trotz der schönen Rede des neuen Generalstaatsanwalts Held —, wir bezweifeln es, obgleich die Denunziation jeder Begründung entbehrte. Das Denunziantenthum ist in Deutschland zu einer Staatsinstitution geworden. Ohne Denunzianten kann der Staat nicht mehr bestehen, und darum pflegt er das Denunziantenthum systematisch. Seit einiger Zeit häufen sich darum die Majestätsbeleidigungsprozesse wieder so auffällig, daß man an das berüchtigte Attentatsjahr erinnert wird.

„Je mehr das Ansehen der Majestät sinkt, desto zahlreicher die Majestätsprozesse", sagte schon Tacitus.

— Ueber das Befinden des deutschen Kaisers laufen allerhand bedenkliche Gerüchte um, es scheint mit dem alten Wilhelm jetzt endlich zu Ende gehen zu wollen — trotz aller offiziellen Beruhigungsbülletins. So schmerzlich nun alle guten Deutschen der Dahingang ihres allverehrten „Heldengreises" auch berühren muß, so können wir zu ihrer Beruhigung doch konstatiren, daß mit demselben der Untergang der Welt noch nicht besiegelt ist. Dies schreckliche Ereigniß wird nämlich erst eintreten, wenn Bismarck, der große, der einzige, der unersetzliche Bismarck den Weg alles Fleisches gegangen. Bis dahin — lieb' Vaterland, magst ruhig sein!

— Mit Bezug auf die in Nr. 21 enthaltene Erklärung Frohme werden wir ersucht, zu konstatiren, daß Bebel im „Leipziger Tageblatt" nur auf Angriffe des „Leipziger Tageblattes" geantwortet hat.

— Der „Kommunistische Arbeiterbildungsverein in London" versendet ein Zirkular, in welchem er der Redaktion des „Sozialdemokrat" den Vorwurf macht, durch Verschleppung der die Fraktionserklärung betreffenden Resolutionen und durch Vertuschung des „Fehler der Fraktion noch vergrößert" und die „freie Meinungsäußerung zur Phrase herabgedrückt" zu haben; die Londoner Genossen erklären daher laut ihr „Mißtrauen gegen die Redaktion, welche sich in dieser Weise von der Fraktionsmajorität bestimmen ließ". Zum Beweise wird dann ein Fraktionsbeschluß angeführt, dem sich nach Meinung des „Komm. Arbeiterbildungsvereins" die Redaktion unterworfen habe, und zum Schluß werden diejenigen Abgeordneten namhaft gemacht, welche „Gegner der Dampfersubvention" und gegen die Fraktionserklärung gewesen seien.

Das Schriftstück ist auch uns zur Veröffentlichung zugegangen; wir glauben jedoch dem Verlangen der Urheber dadurch genügend entsprochen zu haben, daß wir den wesentlichen Inhalt desselben kurz skizzirten.

Aus denselben Gründen, welche uns vom wörtlichen Abdruck des erwähnten Zirkulars abhalten, verzichten wir aber auch auf eine Widerlegung der gegen uns erhobenen Vorwürfe, sondern konstatiren nur, daß der „Komm. Arb.-Bild.-Ver." in den beregten Fragen viermal zum Wort gekommen ist, und zwar viermal gegen die Fraktion, daß also er selbst wohl schwerlich unter dieser „Beschränkung der freien Meinungsäußerung" zu leiden gehabt hat.

Was nun die zum Schluß erwähnte Liste anbetrifft, so lassen wir hierüber die Zuschrift eines Abgeordneten, dem das Zirkular gleichfalls zugegangen ist, folgen, mit der wir zwar nicht in allen Einzelheiten einverstanden sind, der wir jedoch in Bezug auf die Mißbilligung solcher indirekter Aechtungsversuche unter Genossen nur zustimmen.

Der Abgeordnete, der kein Parlamentarier ist, schreibt uns:

„Die Londoner Genossen haben es für gut gehalten, da das Parteiorgan sich zu derartigen Dingen nicht hergeben kann, eine Liste der Abgeordneten, welche durchweg gegen die Dampfersubvention waren, sowie eine zweite Liste der Abgeordneten, welche gegen die bekannte Erklärung der Fraktion gestimmt haben, auf eigene Faust anzufertigen und verbreiten diese Listen vermittelst Zirkulars. Zunächst sei nun konstatirt, daß beide Listen unrichtig sind; das sagen wir zur Information der Genossen im Allgemeinen. Und nun ein Wort mit den Londoner Genossen. Wir fragen dieselben:

1) Verträgt sich eine derartige Veröffentlichung mit dem Respekt vor der freien Meinungsäußerung, welchen sie in ihren bisherigen Kundgebungen so emphatisch gefordert haben? Und

2) verträgt sich eine derartige Veröffentlichung mit den Interessen der Partei?

Wir glauben, bei ruhigem Nachdenken wird jeder vorurtheilslose Parteigenosse beide Fragen mit Nein beantworten müssen.

Sollen etwa Reichstagsabgeordnete unter ein Ausnahmegesetz gestellt, und des Rechts der freien Meinungsäußerung und Kritik, das jedem Parteigenossen als ein selbstverständliches Recht zusteht, beraubt werden? Es scheint, gewisse Leute gehen von der Ueberzeugung aus, daß jeder Parteigenosse, und war er vorher noch so brav und vernünftig, in dem Momente, wo er zum Abgeordneten gewählt wird, sich in einen Lump oder Dummkopf verwandelt. Wer an dieses Wunder des Parlamentarismus glaubt, der soll doch das Wählen unterlassen.

Und ist es etwa im Interesse der Partei, solche Listen anzufertigen, die doch nur den Zweck haben können, einen Theil der Abgeordneten vor den Genossen in ein günstiges, den anderen Theil in ein ungünstiges Licht zu stellen?

Begreifen die Londoner Genossen nicht, daß damit die Möglichkeit ruhiger und gründlicher Berathung, die im Interesse der Partei so nothwendig ist, aufgehoben oder doch wesentlich beeinträchtigt wird? Die Folge würde sein, daß gar nicht mehr berathen, sondern einfach in jedem Fall beschlossen würde, was die Parteigenossen wollen. Welchen Zweck aber dann noch eine Parteivertretung oder Parteileitung haben soll, sehen wir beim besten Willen nicht ein. Und wie sollte denn der Wille der Parteigenossen ergründet werden? Durch Urabstimmung? Das dürfte seine Schwierigkeiten haben, und würde, wenn durchgeführt, bewirken, daß überhaupt nichts geschieht. Denn es würde nicht nur sehr lange dauern, bis die Urabstimmung vorgenommen ist — länger, als man mit den Entschlüssen und Beschlüssen gewartet werden kann — sondern es käme auch sehr häufig zu keiner Klarheit, weil innerhalb der Partei verschiedene Anschauungen und Forderungen zum Ausdruck gelangen würden. Und welche der verschiedenen Anschauungen und Forderungen wären dann die richtigen?

Man muß nur die Konsequenzen sich vergegenwärtigen, und die Absurdität leuchtet ein.

Wir wissen ja, daß es in jeder Partei Leute von stark entwickeltem Selbstbewußtsein gibt — und in unserer Partei sind sie keineswegs dünn gesäet — welche den Stein der Weisen gefunden zu haben glauben. Diesen Genossen können wir nur den wohlgemeinten Rath ertheilen, sich der Reihe der Kritiker und Zuschauer in die der Mitrather und Mitthater zu treten! Dazu ist allerdings erforderlich, daß sie den übrigen Genossen eine ebenso hohe Meinung von ihren Fähigkeiten und ihrem Urtheil beibringen, wie sie selbst zu besitzen pflegen. Die Abgeordneten werden sicherlich über einen derartigen Kräftezuwachs sich sehr freuen."

— Ueber Bismarcks verdienstvolle Untergrabung des Legitimitätsprinzips wird uns aus Deutschland geschrieben:

„Der Hausmeier der Hohenzollern, Junker Otto von Bismarck, hat wieder einmal, in Durchführung seiner Rolle als Revolutionär wider Willen, Kanonen aufgefahren gegen das legitime Recht und das Gottesgnadenthum. Bekanntlich steckt ihm das fette Herzogthum Braunschweig in der Nase; er möchte, nachdem die preußischen Politiker schon seit fast einem Jahrhundert an der Annexion der welfischen Lande gearbeitet, nun auch, den Tod des kinderlosen Herzogs Karl benutzend, das schöne Braunschweig in denselben Sack stecken, in welchem Hannover vor jetzt 19 Jahren verschwunden ist. Bekanntlich gibt es nur einen legitimen Erben: den Herzog von Cumberland, Sohn des entthronten Königs von Hannover. Dieser (Exkönig Georg) war so mannhaft, die Hand nicht zu küssen, welche ihn geschlagen und bestohlen — wie das verschiedene andere „Depossedirte" gethan. Er blieb bis zu seinem Tod im „Kriegszustand" mit Preußen; und sein Sohn und Erbe hat es ebenfalls verschmäht, mit Preußen seinen Frieden zu machen. Dagegen hat er, als der letzte Herzog von Braunschweig starb, feierlich erklärt, als Erbe der Braunschweiger Krone „sein" Land in der Reichsverfassung gemäß regieren, und alle Pflichten, welche diese ihm auferlegt, erfüllen zu wollen. Das war allerdings ein Strich durch die Bismarck'sche Rechnung, denn da an dem „legitimen Recht" des Herzogs von Cumberland kein Zweifel ist, so war, mit dessen Anerkennung der Reichsverfassung, jeder „verfassungsmäßige" Grund, ihm sein Land zu stehlen, aus dem Wege geräumt. Die „Norddeutsche Allgemeine" lief zwar eine Art von Protest los, in welchem sie erklärte, das legitime oder dynastische Recht müsse dem Staatsinteresse weichen; allein vorläufig kam diese, jederzeit von uns freudig begrüßte, revolutionäre Theorie nicht zur Verwirklichung. Das Terrain mußte erst bearbeitet werden. Jetzt scheint das hinlänglich geschehen zu sein: Junker Bismarck hat im Bundesrath den Antrag gestellt, den Herzog von Cu

*) Die christliche Liebe fängt zu Hause an.

berland von der Thronfolge auszuschließen, weil er noch nicht formell mit Preußen Frieden geschlossen habe, also sich mit einem Bundesstaat im Kriegszustand befinde. Das ist nun keineswegs richtig, sintemalen der Herzog die Reichsverfassung und damit eo ipso auch die Annexion von Hannover anerkannt hat, allein trotzdem wird der Bismarck'sche Antrag durchgehen, denn Preußen ist stark und der Herzog von Cumberland machtlos. Wir Sozialdemokraten haben natürlich keine Veranlassung, uns für das legitime Recht zu ereifern. Im Gegentheil, es kann uns nur freuen, wenn es von den Gewalthabern mit Füßen getreten wird. Außer dem Legitimitätsrecht gibt es nur ein Recht: das Recht der Revolution, und daß Junker Bismarck diesem Rechte Vorschub leistet, ist ein entschiedenes Verdienst, welches er sich um unsere Sache, um die Sache der Revolution, erwirbt. Möge es nicht das letzte sein!"

Diese Ausführungen stimmen, wie man sieht, durchaus mit dem überein, was wir in unserem Leitartikel in voriger Nummer ausgeführt. Hoffentlich berührt diese Uebereinstimmung unseren besten Agitator recht wohlthuend.

— Ein Geständniß. „Diese traurige Entwicklung wäre aber wenigstens in der protestantischen Kirche unmöglich gewesen, wenn nicht gerade unter dem im wissenschaftlichen und politischen Leben tonangebenden Theile der Nation schon seit lange her eine unvergleichliche Lauheit, Unklarheit und Unsicherheit in der Behandlung aller religiösen Fragen geherrscht und sich in Folge davon ein höchst beklagenswerther Mangel an religiöser Ueberzeugungstreue und Charakterfestigkeit bemerkbar gemacht hätte."

Dieser Satz ist entnommen einem Vortrage, den der Dekan Zittel aus Karlsruhe auf dem vor einigen Tagen in Hamburg stattgehabten Protestantentag, einer Versammlung der „freisinnigen Protestanten, gehalten. Obwohl von anderen Gesichtspunkten aus, können wir ihn doch nur unterschreiben. Ja, es ist wahr, bei dem „tonangebenden Theile der Nation", d. h. bei den sogenannten Gebildeten, herrscht eine Charakterlosigkeit in Bezug auf die kirchlichen Verhältnisse, die nicht scharf genug gekennzeichnet werden kann. Weil es „Mode" ist, heuchelt man das Bekenntniß zu einer Religion, deren Voraussetzungen längst sämmtlich von der Wissenschaft als unhaltbar nachgewiesen sind; um nicht „nach oben" anzustoßen, läuft man in die Kirchen, spielt man den „positiv Gläubigen" und nimmt an jenen Komödien Theil, die Gottesdienst genannt werden und nur den Zweck haben, der „dummen Masse" Sand in die Augen zu streuen. Und was die Charakterlosen nicht verderben, das verderben die Charakterschwachen, die, nicht Fleisch und nicht Fisch, von einer „Versöhnung zwischen Wissenschaft und Kultus" träumen und einem Kompromiß das Wort reden, dessen Resultat immer nur das sein kann, was sie vergeblich bekämpfen: die Charakterlosigkeit. Mit der Halbheit erringt man stets nur Scheinsiege; was man ist, sei man ganz. Nicht Wissenschaft und Bibelglauben, sondern Wissenschaft oder Bibelglauben ist die Parole.

— Natürlich! Die Bismarck'schen Reptilien haben wieder einmal eine Musterleistung fertig gebracht. Bismarcks Antrag auf Annullirung der Erbansprüche des Herzogs von Cumberland ist nicht ein Attentat auf das Legitimitätsprinzip, sondern im Gegentheil eine Stärkung desselben. Das erinnert an jenen braven Vater, der aus reiner Liebe zu seinen Kindern dieselben während einer Hungersnoth aufspeiste — um ihnen den Ernährer zu erhalten. Um das Legitimitätsprinzip zu stärken, wird der Erbe des Braunschweigischen Thrones seines legitimen Rechtes beraubt! Hoffentlich machen sich die Herren Spitzbuben diese Logik nicht zu eigen und behaupten von nun an vor Gericht, sie haben dadurch, daß sie sich an dem Eigenthum ihrer Nebenmenschen vergriffen, auch nur das „Prinzip des Eigenthums" stärken wollen. Jeder Richter, der dieser Logik seine Zustimmung versagte, würde sich damit einer indirekten — Bismarckbeleidigung schuldig machen.

Man denke!

— Das famose Bismarck'sche „Recht auf Arbeit" kann gar nicht besser in seiner Lächerlichkeit gekennzeichnet werden, als es durch seine Befürworter geschieht. Seitdem der große Sozialreformer im deutschen Reichstage das große Wort vom Recht auf Arbeit gelassen ausgesprochen, zerbrechen sich die Gelehrten unter den Bismärckern den Kopf über das Problem, wie dieses wundervolle Ding wohl zu verwirklichen wäre, ohne das ihnen und ihrem Herrn und Meister so überaus theure Recht auf Ausbeutung und Profit zu beeinträchtigen, und da kommen sie denn zu ganz wunderbaren Resultaten, die lebhaft an die Leistungen jener weisen Männer erinnern, von deren Thaten die Annalen der Stadt Schilda erzählen.

So hat jetzt wieder ein Professor Emil Witte eine Schrift über „das Recht auf Arbeit und seine Verwirklichung" erscheinen lassen, die ein wahres Monstrum von Schildbürgerei zu sein scheint. Wir lesen darüber in der „Frankfurter Zeitung":

„Herr Witte will in der Gemeinde, im Kreise, im Regierungsbezirk, im Einzelstaate und im Reiche Arbeitsämter errichten, welche die Vermittelung für alle Arbeitsuchenden übernehmen sollen. Um dabei einen Effekt zu erzielen, müßten natürlich alle Arbeitgeber verpflichtet sein, nur durch diese Aemter Arbeiter zu suchen. Wer nach drei Tagen keine Arbeit erhalten hat, soll gegen geringeren Lohn von Gemeindewegen bei Nothstandsarbeiten beschäftigt werden. Worin diese Nothstandsarbeiten bestehen sollen, wird nicht gesagt; wenn sie nützlich sind, würden doch andere Arbeiter damit beschäftigt werden können. Handelt es sich aber um überflüssige Arbeit, dann kann man das Geld auch direkt vertheilen. Neben diesen Arbeitsämtern sollen Naturalverpflegungsstationen und Arbeiterkolonien errichtet werden. Die zu allen diesen Dingen nöthigen Gelder will Hr. Witte durch seine Maschinensteuer schaffen, die er auf 5 M. pro menschliche Arbeitskraft, also auf 120 M. pro Pferdekraft (1 Pferdekraft = 24 Menschenkräfte) bemißt. Bei den Eisenbahnen soll die Steuer durch höhere Tarifsätze aufgebracht werden, bei anderen Maschinen durch eine Besteuerung der Kohlen. Er meint, eine Maschinensteuer werde die Arbeitsgelegenheit mehren (!); das ist ungefähr dieselbe Anschauung, welche die Auswanderung als ein Heilmittel der Uebervölkerung ansieht. Ebenso wenig wie aus den dichtbevölkerten Industriebezirken die Auswanderer kommen, ebenso wenig kann man sagen, daß an diesen Industriezentren die Arbeitsgelegenheit eine geringere wäre. Eher ist das Gegentheil der Fall. Sehr eigenthümlich muß namentlich unsere Agrarier die Energie berühren, mit welcher Herr Witte statt der von ihnen verlangten Tarifermäßigungen Erhöhungen verlangt und zwar sogar auf vertragsmäßigem Wege für alle unsere Nachbarstaaten. „Was der schlesische und posensche Spiritusproduzent durch eine Tarifermäßigung gewinnt, verliert der brandenburgische und sächsische," so meint Herr Witte. Damit würden wir allerdings bald in die alten Zwangs- und Bannrechte zurückfallen und jede Landschaft würde sich hermetisch gegen die andere abschließen. Dann könnten die Herren im Osten ihr Getreide verfaulen lassen, der Westen müßte hungern; er könnte seine Fabrikation einstellen und der Osten könnte dann wieder zu selbstgemachten Steinäxten und sonstigem „Urväter-Hausrath" zurückkehren. Schöne Aussichten!"

Nun, so tragisch wie die „Frankfurter Zeitung" können wir den Vorschlag des Herrn Professors nicht nehmen, dazu ist er uns einfach zu kindisch. Wir haben uns zwar in der Aera der Zünfte und der Wirthschaftsreform an Manches gewöhnen müssen, aber an die Realisirung eines so albernen Projektes ist denn doch nicht zu denken, so daß wir die Geschichte nur von der lustigen Seite zu nehmen vermögen. So oder ähnlich muß das „Recht auf Arbeit" aussehen, wenn man es durchführen will, ohne an dem Recht auf Ausbeutung zu rütteln; dieses aber ist die Grundlage der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Neben ihm kennt sie nur noch das berühmte Turgot'sche Recht zur Arbeit, — bei welchem aber bekanntlich der Mensch verhungern kann, — und das Arbeitshaus. Und auf ein „veredeltes" Arbeitshaus läuft denn auch in praxi das Recht auf Arbeit des Herrn Witte heraus.

Merkwürdig. Wenn diese Leute vom Sozialismus der Sozialdemokratie reden, so wissen sie durch die Bank nicht genug über den „sozialistischen Zwangsstaat" zu zetern, dieses „Grab aller persönlichen Freiheit". Und dann gehen sie hin und preisen als Lösung der sozialen Frage die Gründung von — Zwangs-Arbeitshäusern. Das nennt man Logik!

— Anläßlich des jüngsten Polizeimassakres in Paris schreibt der „Cri du Peuple":

„Wenn eine Monarchie eine solche Meuchelmörderei (une telle série d'assassinats) gewagt hätte, so würde sie keine 24 Stunden mehr gedauert haben."

Wir wollen uns nur mit dem hier ausgesprochenen Gedanken beschäftigen, nicht mit den Vorkommnissen, die ihn hervorgerufen haben.

Er ist wahr nach verschiedenen Richtungen hin.

Wahr ist, daß keine Monarchie in Frankreich eine solche Polizeimetzelei hätte wagen dürfen, wie die des 25. Mai. Jedenfalls hat Louis Bonaparte, obschon es ihm an Anlässen nicht gefehlt hat, sich stets vor einem ähnlichen Einschreiten gegen die Menge gehütet. (Wir sehen hier ab von den Metzeleien nach dem Staatsstreich.) Louis Bonaparte wußte, warum. Er hätte die ganze revolutionäre Kraft, die in der französischem Nation schlummert, wachgerüttelt und einen Straßenkampf herbeigeführt, den das Kaiserreich voraussichtlich nicht überlebt hätte.

Die jetzige Republik hat diese revolutionäre Kraft nicht in gleichem Maße zu fürchten, weil dieselbe zum großen Theil auf Seiten der Republik steht. Das republikanische Kleinbürgerthum, das unter den Monarchien die Erinnerung an die „große Revolution" kultivirte und in der Person seiner thatkräftigsten Glieder bereit war, zum Sturz der Monarchie auf die Barrikade zu steigen, sieht in der Republik sein Ideal verwirklicht. Wie könnte es ihm einfallen, gegen sie zu kämpfen? Die französischen Arbeiter allein aber sind außer Stand, die jetzige Regierung gewaltsam zu stürzen.

Es zeigt sich hier wieder einmal, daß die Republik die eigentliche Staatsform des Bürgerthums ist, daß es in der Republik seine Ziele am besten verfolgen kann, und daß es in ihr eine größere Macht und Widerstandskraft besitzt, als in der Monarchie.

Für die sozialistischen Arbeiter ist dadurch allerdings die Aufgabe der Emanzipation nach einer Seite hin wesentlich erschwert — durch Ueberrumpelung läßt sich nichts ausrichten. Dafür bietet aber die Republik auf der anderen Seite auch große Vortheile. Der Organisation der Arbeiter steht momentan in Frankreich kein Hinderniß entgegen. Niemand hindert die Arbeiter, ihre Meinungen und ihren Willen zu bekunden und für ihre Meinungen und ihren Willen Propaganda zu machen — kurz, den nöthigen Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen.

Wenn die französischen Sozialisten von den ihnen zur Verfügung stehenden Machtmitteln keinen Gebrauch gemacht haben und so schwach sind, sich von ein paar hundert Polizisten niederknüppeln lassen zu müssen, so ist das — wir sagten uns gedrungen, es auszusprechen — so ist das einzig und allein ihre eigene Schuld. Herrschte statt der Sektirerei und der persönlichen Eifersüchteleien wirklicher Partei- und Gemeinsinn unter der Masse der französischen Sozialisten, hätten die Einzelnen gelernt, sich der Allgemeinheit unterzuordnen, dann würden wir nicht das traurige Schauspiel erlebt haben, welches der 25. Mai uns geboten hat: Statt einer erhebenden Feier zum Andenken an die blutige Maiwoche eine demüthigende Schaustellung der Ohnmacht des französischen Sozialismus.

Wir wissen, daß wir mit diesen Bemerkungen den tüchtigsten unserer französischen Genossen nichts Verletzendes gesagt, sondern aus der Seele gesprochen haben.

— Die Verwerfungsspalte. „Steigende Produktion bei sinkendem Gewinn — das ist nach dem jüngsten Jahresbericht unserer Fabrikaufsichts-Beamten die Signatur auch des Jahres 1884 gewesen. Es ist das Gesetz der großen Zahlen, das hier nicht minder herrscht als auf dem Kapitalmarkt — jenes Gesetz, nach welchem die Produktionskosten um so geringer werden, je größer das zur produktiven Anlage verwandte Kapital ist. Je umfangreicher die gewerbliche Anlage, je stärker die Dampfkraft und die Maschine, je kontinuirlicher die Beschäftigung, desto geringer der Gesammtaufwand, desto geringer die Abnutzung und desto größer also die Ueberlegenheit des Großfabrikanten über den mit geringerem Kapital arbeitenden Konkurrenten."

Abgesehen von der etwas weitspurigen Umständlichkeit und einigen Unkorrektheiten (z. B. „desto geringer der Gesammtaufwand" — während es heißen muß: der relative Aufwand) könnte jeder unserer Leser annehmen, das Vorstehende sei von einem Sozialisten geschrieben, und zwar von einem durchgebildeten, konsequenten Sozialisten.

Nun — das ist nicht der Fall; das Zitat ist (wörtlich und ohne jegliche Aenderung) der „Leipziger Zeitung" entnommen, die damit einen Leitartikel über das „Gesetz der großen Zahlen" beginnt (Nummer vom 24. Mai).

Dem Anfange nach zu urtheilen, müßte der Artikelschreiber zu dem Schluß kommen, daß neben dem Großbetrieb der Kleinbetrieb hoffnungslos ist, und daß insbesondere das Handwerk zum Tod verurtheilt ist. Wer das aber erwartete, würde sich sehr getäuscht finden. Den richtigen Anfangssätzen folgt ein albernes, unlogisches, unwissenschaftliches Gefasel, aus dem schließlich der Gedanke — falls man es so nennen kann — hervorspringt, daß Diejenigen ganz und gar im Irrthum sind, welche da glauben, das Handwerk sei verloren und der Kleinbetrieb könne die Konkurrenz mit dem Großbetrieb nicht aushalten.

In der Geologie und dem Bergbau kennt man die sogenannten „Verwerfungsspalten". Man versteht darunter das plötzliche Aufhören von Erzadern oder Steinkohlenflötzen, die durch vulkanische oder sonstige elementare Aktion gewissermaßen abgerissen worden sind, dergestalt, daß der Bergmann mit einem Mal auf werthloses Gestein stößt und die Fortsetzung der Erzader oder des Steinkohlenflötzes oft nicht mehr aufgefunden werden kann.

Solche Verwerfungsspalten gibt es, wie ein namhafter Gelehrter ausgeführt hat, auch in dem Schädel mancher Menschen — sie denken bis zu einem gewissen Punkte ganz logisch, ziehen aus richtigen Vordersätzen richtige Schlüsse, bis auf einmal eine Verwerfungsspalte kommt, in welcher Logik und gesunder Menschenverstand spurlos verschwinden.

Jedenfalls gehört der Leitartikelschreiber der „Leipziger Zeitung", des amtlichen Organs der sächsischen Regierung, zu der Menschensorte mit Verwerfungsspalten im Hirn.

— Zur christlich-germanischen Sozialreform schreibt man uns aus dem Regierungsbezirk Magdeburg: Wie verlautet, sollen auf „Schacht Achenbach" und dem „Altpreußischen Schacht" (Staßfurt) in nächster Zeit 400 (schreibe vierhundert) Mann die Arbeit gekündigt bekommen. Auf diesen Schächten ist es „Mode", daß auch Sonntags angefahren wird. Beide Schächte sind fiskalisch! Ein Mucksen gibts da natürlich nicht. Der Arbeiter ist unter der ständigen Hungersuchtel so gefügig wie das Kaninchen vor der Klapper. Sonntagsarbeit — Ueberproduktion — und — Schutzzölle! Heiliger Barziner, Schutzpatron des „armen Mannes" mit den preußischen Rententiteln, Sabbathheiliger mit der fiskalischen Sonntagsarbeit, Reichsvorsehung mit dem diamantenen Cyklopenauge, sende uns keine Reptile, daß sie uns einen Vers darauf machen! — Die Millionen von Armen mehren sich mit deinen Millionen, die Millionen der Flüche wachsen mit dem „Segen deines Altentheils". Im Namen dessen, der den Sabbath heiligen heißt, fahren wir täglich zur Grube, um den langsamen Tod zu erleiden und deine frömmsten Urtheilssollstrecker lobsingen dem „Herrn des Himmels und der Erde", der Alles so weise geordnet hat.

Voran das Oberhaupt der beiden Schächte, der Bergrath Herr Schreiber, der frömmste und fleißigste Kirchenbesucher. „Gottes Fügung" ist es natürlich, wenn die 400 Brodlosigkeits-Kandidaten nebst Weibern und Kindern zu „Vagabunden" werden, denn unser christlicher Arbeitsoberhirte hat Alles so weise vorgesehen, daß die Bergleute nicht zu viel verdienen und etwa — gottlos werden. Seine Kisten und Kasten aber sind wohlbestellt und reich gesegnet, denn „Solches ist dem Herrn wohlgefällig"! Aber — „ich will dich nicht allein lassen", also spricht Gott der Herr und sendet unserem Bergrath eine Schaar getreuer Knechte. Fromm wie er und all seine leuchtenden Vorbilder bis zum millionenbegnadeten Kanzler hinauf, verehren sie in ihm den Stellvertreter von Gottes Stellvertretern in Deutschland und dem ganzen Regierungsbezirk Magdeburg. Und — der Segen des Herrn ist mit Allen, die ihm dienen und ihn anbeten. Unser Obersteiger Unger bezieht darum auch monatlich die niedliche Gottesgabe von siebzig Mark und freie Wohnung dazu; Steiger Lindemann fünfzig Mark monatlich und Wohnung frei; die Oberaufseher, im Volksmunde Oberfaulenzer genannt, bekommen pro Schicht (die Schicht hat acht Stunden) drei Mark achtzig Pfg., die zweite Sorte drei Mark sechzig Pfg.; indessen der Bergmann (also Häuer) bei angestrengter Arbeit pro Schicht drei Mark verdient; der Fördermann hat zwei Mark sechzig Pfg., Schichtlohn zwei Mark!

Noch muß ich bemerken, daß die Aufseher monatlich dreißig bis vierunddreißig Schichten verfahren, natürlich auch den Sonntag dazu, denn man kann ja auch in der Grube beten.

Daß unser „sündiger" Bergmann, bei seiner aufreibenden Arbeit und solchem Verdienst, in das Loblied unserer Götzen und Obergötzen nicht einstimmt, ist selbstverständlich. Und wenn Fürst Bismarck von der Höhe seiner zwei Dutzend Millionen „von Volkes Gnaden" heraus im deutschen Reichstag zu alledem unsern Abgeordneten Stolle höhnend herausgefordert hat, doch zunächst zu sagen, was die Sozialdemokraten zu thun rathen, um den deutschen Arbeitern den „Ertrag der Sonntagsarbeit" entbehrlich zu machen, so mag er statt Gesangbuch und Bibel mit seinen „Staatsweisen" recht eingehend „Das Kapital" unseres Karl Marx um Aufschluß fragen.

Das „Glück auf" dieses „Evangeliums" wiederhallt millionenstimmig „zu Tag" und „unter der Erde", nur der Kanzler, der „Wiedererwecker des deutschen Reichs und Handwerks", zermartert sich noch das gottesfürchtige Gehirn an dem „Problem der Sonntagsarbeit", indeß die fiskalischen Schächte Hunderte von Arbeitern Werktags auf die Straße schleudern sollen. Siehe auch den Geschäftsbericht der Staßfurter Kali-Industrie.

Aus Staßfurt schreibt man der „Staßfurter Zeitung": „Da es gewiß einen großen Theil der Leser unseres Blattes interessirt, zu erfahren, wie die Verhältnisse der Kali-Industrie sich gegenwärtig gestalten, so geben wir Ihnen im Nachstehenden einige Notizen, wie wir dieselben aus den Geschäftsberichten pro 1884 zweier der bedeutendsten Kaliwerke, Neustaßfurt und Westeregeln, entnehmen. Der Geschäftsbericht von Neustaßfurt weist nach, daß das Resultat des Fabrikbetriebes nicht hinter dem Voranschlage zurückgeblieben ist, wenn auch wegen der vorhandenen Vorräthe zu Ende vorigen Jahrs Produktions-Einschränkungen haben eintreten müssen. Auf der chemischen Fabrik wurden verarbeitet 2,129,147 Ztr. Rohsalze, woraus 437,962 Ztr. verkaufsfertige Fabrikate verschiedener Art gewonnen wurden. Der Bruttoertrag des Bergwerkserzeugnisses und des Fabrikbetriebes betrug 4,158,324 M.; der Reinertrag dagegen 2,336,234 M., wovon 1,550,000 M. als Ausbeute vertheilt und 786,234 M. auf neue Rechnung vorgetragen wurden. Die Jahresausbeute stellt sich also auf 1450 M. pro Kux, gegen 1100 M. im Vorjahr. Tantièmen wurden gewährt 82,250 M.*) In Bezug auf die gegenwärtige Geschäftslage und die Aussichten für die Zukunft sagt der Bericht, daß durchweg ein Ansatz zur Besserung vorhanden sei, wenn auch die bisherigen Wahrnehmungen nicht ausreichend seien, in kürzester Frist einen dauernden Umschwung erhoffen zu lassen. Da die Vereinigten Staaten von Nordamerika wieder mit regerer Kauflust für Chlorkalium, sowie für Kainit im Markte aufgetreten sind, und da sich auch seitens der deutschen Landwirthschaft eine Steigerung des Kainitverbrauchs zeigt, so bieten die Verhältnisse ein hoffnungsvolleres Bild, als zu Ende des Vorjahres. In Bezug auf etwa zu befürchtende Konkurrenz durch neu entstehende Werke weist der Bericht hin auf den noch Jahre hindurch gesicherten Schutz der zwischen den verschiedenen Werken abgeschlossenen Konvention und anderseits auf den längeren Zeitraum, den neu entstehende Werke zur Entfaltung ihrer Thätigkeit nöthig haben, erklärt aber, daß die Verwaltung es als ihre besondere Pflicht betrachtet, dahin zu wirken, daß das Unternehmen im Hinblick auf die Zukunft der Kali-Industrie stets auf dem Höhepunkte der geschäftlichen und technischen Fortschritte bleibe. Der Geschäftsbericht der „Konsolidirten Alkaliwerke Westeregeln" pro 1884 zählt einen Gewinn aus dem Bergwerksbetrieb von 874,463 M. gegen 986,215 M. pro 1883 und einen Gewinn aus der Chlorkaliumfabrikation von 706,916 M. gegen 957,962 M. pro 1883 auf. Da der gesammte Rohertrag bedeutend hinter dem Ertrag von 1883 zurückgeblieben ist, so wurden diesmal nur 337,913 M. Abschreibungen gegen 519,575 M. pro 1883 eingestellt. Der Reingewinn beläuft sich auf 820,458 M. gegen 840,592 M. des Vorjahres. Dividende wurde 8 % gegen 10 % des Vorjahres gezahlt. Die Rohsalzförderung hat ein Mehr von 16,807 Ztr. ergeben. Die Bergbaugerechtsame stehen nun noch mit 10½ Mill. Mk. zu Buch. Das Aktienkapital beträgt 7 Mill., die Anlehensschuld 6 Mill. Mark."

Alle Hochachtung vor solcher Staatsmannschaft und Volkswirthschaft, und eben darum:

Glück auf, Glück auf, Glück auf!
Bergunterwärts und bergauf.
Nur frisch in die Tiefe gefahren,
Zu sammeln die kämpfenden Schaaren,
Dann fahren wir siegreich herauf.
Glück auf, Glück auf!

Der rothe Gnom.

— In Oldham hat dieser Tage der Jahreskongreß der englischen Kooperativ-Genossenschaften stattgefunden. Das Resultat derselben ist, wie H. H. Champion in der „Justice" schreibt, das Eingeständniß des Bankrotts der Kooperation, wenn sie von den Arbeitern als Einzelpersonen betrieben wird. Herr Lloyd Jones, der Vorsitzende des Kongresses, sah sich in seiner Eröffnungsrede zu dem Geständniß veranlaßt, daß, obwohl 41 Jahre harter, energischer Arbeit die Zahl der „28 von Rochdale" auf 700,000 Mitglieder von Konsumgenossenschaften vermehrt hat, die produktive Seite des Genossenschaftswesens keine Fortschritte gemacht habe.

Nimmt man, fährt Champion fort, Alles zusammen, was für und gegen die von Einzelnen betriebene Kooperation spricht, so ergibt sich Folgendes:

„In Bezug auf die Vertheilung (Distribution) ist sie ein Vortheil, insoweit sie durch Reduzirung der Zahl der im Kleinhandel beschäftigten Leute die große Zahl Derer vermindert, die ihren Lebensunterhalt gewinnen, ohne nützliche Arbeit zu verrichten. In Bezug auf die Produktion aber ist sie zum Bankerott verurtheilt, da sie, mag sie auch nach Innen Kooperation (gemeinsames Wirken) darstellen, nach Außen in die wildeste Konkurrenz eintritt mit Fabrikanten, die mit riesenhaften Kapitalien ihr Geschäft betreiben und durch keinerlei Skrupeln abgehalten werden, zu Bedingungen arbeiten zu lassen, auf welche sich kein Mitglied solcher Genossenschaften je einlassen wird. Und selbst wenn erfolgreich, würde die Konkurrenz zwischen Privatunternehmern, die heute so verderbliche Folgen zeitigt, lediglich durch Konkurrenz zwischen Kooperativ-Vereinen ersetzt werden, solange nicht alle Genossenschaften harmonisch zusammenwirken, nicht nur mit denen ihres eigenen Landes, sondern auch mit ihren Brüdern im Auslande. Das aber würde der Sozialismus sein. Ist dem so, warum es nun nicht gleich anerkennen und begreifen, daß die Hülfe und das Eingreifen des demokratischen Nicht-Klassenstaates, das heißt: die Verbindung der Arbeiter mit den Mitteln, die ihnen am nächsten zur Hand liegen, der einzige Weg ist, der sozialen Anarchie ein Ende zu bereiten, bevor die steigende Fluth über uns kommt?

„Aber keine Anspielung darauf ward auf dem Kongreß der Genossenschaftler geäußert, von einigen wenigen Gemeinplätzen in der Rede des Herrn Lloyd Jones abgesehen. Hätten sie auch nur eine Resolution beschlossen, dahingehend, daß wenigstens die Löhne der in Staatsanstalten beschäftigten Arbeiter nicht so weit reduzirt werden sollen, als die Konkurrenz die Arbeiter anzunehmen zwingt, sondern auf einen Satz gehalten, der erforderlich ist, daß sie gesund bleiben und ordentlich zu leben haben, so hätte man hoffen dürfen, daß der bisherige Bankrott ihnen den Weg zu Erfolgen in der Zukunft gezeigt hätte. Aber gleich den Trades-Unionisten scheint der Schimmer von Licht, der den Genossenschaftlern geworden, sie mehr zu blenden als sie zu befähigen, die Wahrheit zu erkennen und einzusehen, daß lediglich die umfassendste Vereinigung und Zusammenarbeit erfolgreich sein kann in der Beseitigung der Allerwelts-Konkurrenz und Lohnsklaverei."

Nun, wir denken, die Zeit ist nicht allzufern, wo auch diesen Leuten die Schuppen von den Augen fallen werden.

— Eine Antwort für Bismarck haben am 24. Mai die Arbeiter Barmens in einer sehr stark besuchten Volksversammlung beschlossen, indem sie folgende Resolution mit der Bestimmung annahmen, daß dieselbe dem Reichskanzler zu übermitteln, aber auch gleichzeitig dem Reichstagsabgeordneten Harm zu übergeben sei: „Die heute am 24. Mai im Hotel Hegelich tagende Volksversammlung erklärt auf die Provokation des Reichskanzler Fürsten Bismarck, daß es die sittlichen wie materiellen Interessen des Arbeiterstandes unter allen Umständen erfordern, daß ein striktes Ver-

*) Wie viel Sonntagsarbeit ist wohl darin enthalten? Anm. d. Setzers.

bot der Sonntagsarbeit erlassen werde. Sie ist fernerhin der Ansicht, daß durch dieses Verbot der Industrie ein Schaden nicht zugefügt wird, daß aber selbst dann, wenn dies der Fall wäre, dieser Schaden durch den ungeheuren Nutzen, den die Masse des Volkes, die Arbeiter, davon haben, vollständig aufgewogen wird."

Vivant sequentes!

— Frankreich. Die Beisetzung der Leiche Viktor Hugo's im Pantheon, das damit der ihm 1791 von der Konstituante zuerkannten Bestimmung zurückgegeben worden, ist unter großartigster Theilnahme der Pariser Bevölkerung — wir können sagen ganz Frankreichs erfolgt. Von nah und fern strömten die Bewunderer des Verstorbenen in Schaaren herbei, um ihm das Ehrengeleit zu geben, und was nicht selbst kommen konnte, sandte Kränze und Palmen, seine Bahre zu schmücken. Wie der größte Dichter, den das Frankreich des neunzehnten Jahrhunderts hervorgebracht, seit mehr als einem Menschenalter treu zum Volk gestanden, wie er nie um die Gunst der Großen gebuhlt, sondern kühn und trotzig der Despotie die Stirn geboten, so erwies ihm auch das Volk bei seiner Bestattung Ehren, wie sie keinem Fürsten, keinem Gewalthaber bisher geboten wurden. So einstimmig ist noch nie ein Todter gefeiert worden. Verehrten die Einen in ihm den literarischen Genius, so liebten die Andern in ihm den demokratischen Volksmann; schätzten die Einen in ihm den gewaltigen Dramatiker, so bleibt den Andern das Andenken an den Dichter der „Züchtigungen" unvergeßlich, der den meineidigen Schuft des 2. Dezember in Versen von unnachahmlicher Wucht brandmarkte und lieber 20 Jahre im Exil zubrachte, als durch die Rückkehr in sein, von dem Staatsstreichhelden entehrtes Vaterland das an demselben verübte Verbrechen zu sanktioniren. Die Könige von Gottes Gnaden sahen in dem eidbrüchigen Usurpator sehr bald ihren „lieben Bruder", der Dichter von Gottes Gnaden, um diesen landläufigen Ausdruck beizubehalten, hatte für Napoleon III., selbst als derselbe im Zenith seines Ruhmes stand, immer nur das eine Wort: Verbrecher!

Der große Dichter war auch ein großer Charakter.

Und wenn er ein Patriot war, dann war er einer im besten Sinne des Wortes. Das Frankreich, für das er glühte, war das Frankreich von 1793, das völkerbefreiende, tyrannenstürzende Frankreich. Wenn er wiederholt Paris das Herz der Welt nannte, so deshalb, weil für ihn Paris der Herd aller großen und erhabenen Ideen war, der Ideen, welche die Menschheit befreien sollten.

Er hatte die Sache der Menschheit auf seine Fahne geschrieben. Und wenn er sie auch anders verstand als wir, die Sozialisten, so haben unsere französischen Brüder doch mit richtigem Takt das als keinen genügenden Grund angesehen, ihm den Tribut ihrer Anerkennung zu versagen. Der Mann, der in „Die Armen und die Elenden" die Leiden des Volkes so ergreifend zu schildern wußte, der Mann, der, obwohl er die Kommune mißbilligt hatte, den flüchtigen Kommunards sein Haus in Brüssel zur Verfügung stellte, der Mann, der, wo immer ein politischer Verbrecher hingerichtet werden sollte, zum Protest im Namen der Menschheit seine Stimme erhob, der Mann, der für jedes unterdrückte Volk, das sich gegen seine Dränger empörte, Worte der Aufmunterung, sympathischer Begeisterung hatte, dieser Mann hat berechtigten Anspruch auf unsere Ehrenerweisung.

Zeigte sich das Volk von Paris durch sein musterhaftes Benehmen am Tage der Bestattung des großen Dichters seiner durchaus würdig, so kann das von der Regierung der französischen Republik nicht gesagt werden. In überaus kleinlicher Weise zeigte sie sich als Klassenregierung, indem sie durch ihre Agenten die rothen Fahnen der Revolutionäre fortnehmen und zerreißen ließ. Diese gehässige Maßregel wurde durch ein Dekret sanktionirt, welches das Tragen „aufrührerischer Embleme ꝛc." verbietet. Und wie oft hatte nicht Viktor Hugo den „Aufruhr" verherrlicht! Der Republik und den Republikanern fehlt eben noch der republikanische Geist!

Und auch die Thatsache wirft einen trüben Schatten auf die Republik der Herren Grevy, Brisson ꝛc., daß an demselben Tage, wo die Reste des Dichters von „1793" unter dem Triumphbogen hindurch zum Pantheon getragen wurden, in Chalons die Opfer eines Agents provocateurs zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt wurden. Das Dynamitkomplot von Monceau les Mines kam nur durch die Mitwirkung eines Agenten der Polizeipräfektur, des elenden Brenin, zu Stande — diese unleugbare Thatsache ist ein Schandfleck in den Annalen der dritten französischen Republik. Dieselbe ist noch weit entfernt von dem Ideal, von welchem Viktor Hugo träumte.

— Aus Schweden. Da aus unserer entlegenen Gegend so selten Nachrichten an Sie gelangen, so glaube ich, werden Ihnen und Ihren Lesern einige Mittheilungen über die soziale Bewegung in unserm Lande nicht unwillkommen sein. Vor zwei Jahren war bei uns der Sozialismus nur aus den Verleumdungen der reaktionären Presse bekannt. Mit Spott und Verachtung ging man überall über diese neue Weltanschauung hinweg. In den letzten zwei Jahren hat sich jedoch die Sachlage bedeutend verändert. Wir haben schon eine kleine sozialdemokratische Partei, und man verachtet und verspottet das „rothe Gespenst" nicht mehr, wohl aber beginnt man es schon zu fürchten. Wie dieser Umschwung vor sich gegangen ist, und welche Umstände ihn hervorgebracht haben, werde ich versuchen, hier kurz zu erzählen.

Vor zwei Jahren trat in Stockholm eine große Arbeiterbewegung, die sogenannte „Ringbewegung", ins Leben. Die eigentliche und tiefste Ursache dieser umfassenden Bewegung ist wohl der Druck, unter welchem unsere Arbeiter seufzen, und das Gefühl der vollständigen Unmöglichkeit, sich eine erträgliche Stellung zu verschaffen. Diese Bewegung wurde indeß gleich anfangs in eine falsche Richtung geleitet, und dadurch ihrem eigentlichen Ziel und Zweck entfremdet. Einer unserer größten Kapitalisten, der „Branntweinkönig" L. O. Smith, machte einen energischen und gewaltsamen Versuch, an die Spitze der Bewegung zu gelangen, um die Arbeiter seinen eigennützigen Zwecken dienstbar zu machen. Einige ließen sich auch von ihm täuschen, und die Bewegung nahm in Folge Smith's demagogischer Vorspiegelungen ein so schnelles Wachsthum, daß binnen ein paar Monaten 20,000 Arbeiter in Stockholm, und viele Tausende im Lande sich ihr anschlossen. Nach und nach trat jedoch der Egoismus des Führers zu durchsichtig hervor, und die Arbeiter sagten sich von ihm los, in Folge dessen diese ganze Bewegung in Auflösung und Absterben begriffen ist.

Aber die allgemeine Aufrüttelung der Arbeiter ist doch von großem Nutzen gewesen. Die Arbeiter fühlen es immer mehr, daß sie gemeinsame Interessen gegen die Kapitalistenklasse zu wahren haben, sie haben bereits erkannt, daß sie eine Macht sind. Gleichzeitig nämlich mit der obenerwähnten, so „großartigen" und „vielversprechenden" Bewegung begann auch eine andere, aber nicht so groß, sondern fast unbemerkt und unbeachtet. Ein aus Deutschland ausgewiesener schwedischer Schneider, August Palm, predigte in Stockholm und einigen andern großen Städten ein neues, hier noch nie gehörtes Arbeiter-Evangelium: den Sozialismus. Er hielt überall warmherzige und begeisterte Reden — in der freien Natur, weil ihm überall ein Lokal versagt wurde, und kolportirte eine kleine Zeitung, „Der Volkswille"; kurz, betrieb mit bescheidenen Mitteln eine verhältnißmäßig sehr kräftige Agitation. Dieser arme, verfolgte und verachtete Schneider hat bei uns, wenigstens unter dem eigentlichen Volke, den ersten Keim des Sozialismus ausgesäet. Jetzt ist es ihm schon gelungen, eine kleine Partei zu bilden, und die Aussichten sind bei weitem nicht mehr so trübe, wie vor kurzer Zeit. Von der Wirksamkeit dieser Partei, von ihrer Organisation und ihren Aussichten, sowie den leitenden Männern derselben werde ich im nächsten Briefe Näheres berichten.

Danton.

Korrespondenzen.

Aus Sachsen. Bei herrlichem Wetter und lungenstärkender Temperatur wurde am Pfingstfest die Landeskonferenz der Sozialdemokraten Sachsens im lieblichen — — —'Thale abgehalten. Berathungsgegenstand bildete die bevorstehende Landtagswahl, und wurden eine ziemliche Anzahl von Landtagswahlkreisen — fünfzehn — mit Kandidaten besetzt, ohne daß Vielkandidaturen nöthig waren, da eine Liste von zehn Kandidaten zur Verfügung stand.

Der echt brüderliche Geist, der unter den Versammelten herrschte, legte ein sprechendes Zeugniß dafür ab, daß es mit der von unsern Gegnern so sehr gewünschten Spaltung in unsern eigenen Reihen noch nichts ist. Es wird wohl immer ein frommer Wunsch der Bourgeoisparteien bleiben, uns zerrissen zu sehen; und der Verdruß über die Unbesiegbarkeit unseres Prinzips wie über die unzerstörbare Disziplin der Sozialdemokratie wird bei den „Ordnungs"männern dauernd sein.

Schmerzlicher aber wird die Dienerschaft der heiligen Hermandad davon berührt sein, daß sie über eine solche, die bestehende Ordnung untergrabende Besprechung so absolut ununterrichtet geblieben ist. Möge der „Allwissende" der „Alles Wissenden" einen würdigen Trost bescheeren. Die Landtagswahl selbst aber möge ein weiteres Zeugniß von der Regsamkeit und dem Wachsthum der Partei ablegen!

Dortmund, 16. Mai. Wir nehmen heute das Parteiorgan in Anspruch, um einen elenden Denunzianten in gebührender Weise zu brandmarken. Es ist dies der Kriecher und Speichellecker Heinrich Sprock, früher Steuerexekutor, jetzt Schreiner bei der „Dortmunder Union". Sprock hatte von einem Arbeiter erfahren, daß dessen Arbeitskollege ihm einen stenographischen Reichstagsbericht gegeben hatte, und ersuchte nun denselben, er möchte ihm den Bericht auch einmal zeigen; alsdann hatte dieser Schuft nichts Eiligeres zu thun, als sofort beim Vorgesetzten anzuzeigen, es würden sozialistische Schriften verbreitet und den angeblichen Missethäter zu denunziren. Er kam damit freilich nicht an den Rechten, der betreffende Vorgesetzte war nämlich anderer Ansicht und meinte, so schlimm wäre das Verbrechen doch wohl nicht.

Viele Dortmunder Genossen werden sich erinnern, welch traurige Vergangenheit dieser Mensch hinter sich hat. Als er noch Exekutor war, pfändete er den armen Leuten die Möbel so schnell wie möglich, verkaufte sie dann heimlich, oder benutzte sie selber, und setzte dann alte, werthlose Sachen an deren Stelle. Später kam die Sache ans Tageslicht, und Sprock mußte einige Monate Gefängniß abbrummen. Noch heute versteht er sich sehr gut aufs Annektiren. So kauft er von der „Union" Abfallcoaks, füllt aber dann die Körbe unten mit Kohlen und legt nur oben mit etwas Coaks u. s. w.

Darum, Genossen, aufgepaßt und klopft dem Burschen, wo er sein trauriges Handwerk auszuüben sucht, tüchtig auf die Finger!

Signalement: Größe 1,80 M., Statur stark, etwas knochig, geröthete Augen, blonder Vollbart, Gesichtsfarbe bleich; spricht Lippischen Dialekt, Alter 46 Jahre. Sprock ist stark ultramontan; er wohnt Unionstraße Nr. 11.

Die Dortmunder Vertrauensleute.

London, 25 Mai. (Zur Propaganda der That.) Es ist Ihnen vielleicht bekannt geworden, daß hiesige Polizisten — angeblich aus Irrthum — am Sonnabend, den 9. Mai, einen brutalen Angriff auf das Klublokal der hiesigen Anarchisten machten, dabei mit ihren kurzen Stäben Alles kurz und klein schlugen und eine Anzahl der Klubmitglieder in ganz viehischer Weise traktirten, so daß einzelne derselben am nächsten Tage von den erhaltenen Hieben ganz unkenntlich waren.

Der Irrthum bestand angeblich darin, daß die Polizei in einen anstoßenden anderen Klub, wo verbotenes Spiel getrieben worden sein soll, eindringen wollte, dabei aber in den Anarchisten-Klub gerieth, da die Aus- und Eingänge beider Klublokale so aneinander grenzen, daß ein solcher Irrthum wohl angehen kann.

Wie gesagt, das Vorgehen der Polizei war brutal, umsomehr als dieselbe angeblich gewarnt und auf ihren Irrthum vorher aufmerksam gemacht wurde und wird die Sache die hiesigen Gerichte noch beschäftigen. Die Anarchisten beabsichtigen, die Polizei unter Anklage zu bringen, wozu man ihnen wohl allen Erfolg wünschen kann.

Nun ist aber bei der ganzen Sache das Gebahren sowohl der Anarchisten insgesammt wie das Einzelner unter ihnen für uns besondes interessant.

Nach der bekannten Großmäuligkeit der Herren Anarchisten hätte man wenigstens erwarten sollen, daß die Polizei für diesen brutalen Ueberfall und Einfall in das heilige „Home" mit recht blutigen Köpfen heimgeschickt worden wäre, man hätte erwarten dürfen, daß Dynamit, Dolch und Revolver, mit welchen Artikeln man soviel auf dem Papier spielt, hier einmal in Funktion gesetzt worden wären — doch nichts von Alledem.

Wozu auch? Es war ja die Polizei!

So kriegten die Anarchisten Hiebe, und die Polizei bekommt vielleicht Orden und Belohnungen.

Noch interessanter soll das Verhalten des Ober-Anarchisten Peukert gewesen sein, der bei der Prügelei auch dabei war. Doch wie? Das ist die Frage.

Peukert erinnerte sich in diesem kritischen Augenblick wahrscheinlich der Most'schen Gardinen-Affäre und verkroch sich schnell ins

Damen-Closet,

wo ihn später eine Dame fand.

Denken Sie sich die Situation: Peukert, der große Held und Student der „Schwarzen Hand", im — Damen-Closet! Wem wird's da nicht gruselig vor diesem — Anarchisten?!

Böse Zungen behaupten übrigens noch ganz etwas Anderes, worüber vorläufig jedoch Schweigen geboten ist; es wäre wirklich wünschenswerth, daß der Polizei-Ueberfall vor dem Richter möglichst gründlich zerpflückt wird.

Peukert soll freilich hierin anderer Meinung sein.

Nach dem Einbruch der Polizei hat sich nämlich unter den Anarchisten eine Spaltung vollzogen. Es existirt jetzt eine Partei der Zahmen und eine Partei der Damen(-Closet.) An der Spitze der letzteren steht selbstverständlich der Student der „Schwarzen Hand", unter dessen Aegide eine Resolution beschlossen wurde, nach welcher es der Anarchisten unwürdig sei, die Sache mit dem Polizei-Ueberfall vor den Gerichten weiter zu verfolgen, da es unwürdig sei, daß ein Anarchist sein Recht bei Institutionen suche, welche er gründlich verachtet.

Das läßt derselbe Peukert beschließen, welcher doch vor gar nicht langer Zeit sein Recht (?) gegen Grillenberger bei diesen „gründlich verachteten Institutionen" suchte.

Wie gesagt, böse Zungen wittern hinter dieser Resolution sowie dem ganzen Polizeimanöver etwas Anderes, doch davon vielleicht später'

„Es ist nichts so fein gesponnen,
Es kommt doch an das Licht der Sonnen.

Bereichern Sie mit diesen Mittheilungen das anarchistische Trophäen-Archiv und speziell Peukert's Personal-Akten.

S.-t.

Nachruf.

— Wiederum kommt uns aus Amerika die Kunde von dem Dahinscheiden eines durch das infame Ausnahmegesetz aus der Heimat vertriebenen Genossen. Am 10. Mai starb in New-York im Alter von 35 Jahren Genosse Jean Groß aus Hamburg. „Der Verstorbene," schreibt unser Bruderorgan „Sozialist", „erlernte in seiner Jugend das Cigarrenmachen und trat schon frühzeitig als Fachgenosse und später als Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins in die Arbeiterbewegung ein. Durch sein offenes Wesen und seine rührige Thätigkeit errang er sich in kurzer Zeit das Vertrauen seiner Fach- und Parteigenossen. Sowohl in seiner Vaterstadt als in Altona und Wandsbeck bekleidete er fast immer Vertrauensposten, war mehrmals als Delegat zu Arbeiter-Kongressen abgeordnet und fungirte als solcher auf dem bekannten Vereinigungs-Kongreß in Gotha. Besondere Thätigkeit entfaltete er bei den Wahlen. Bei Erlaß des Ausnahmegesetzes war Groß Mitglied der Exekutive und wurde bis zu seiner Ausweisung, welche im Mai 1881 erfolgte, mit verschiedenen geheimen Missionen betraut, welche er zur größten Zufriedenheit und trotz der damit verbundenen Gefahren ausführte. Hier angekommen, trat er sofort wieder aktiv in die Bewegung ein und wurde Mitglied in der Sozialistischen Arbeiterpartei, des Arbeiter-Fortbildungs-Vereins, der Socialistic Cooperative Publishing Association, der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Sterbekasse, sowie einer Anzahl anderer Gesellschaften, in welchen er als tüchtiges und opferwilliges Mitglied fungirte. Das Unterstützungskomite für gemaßregelte Sozialisten verlor an ihm ebenfalls eine kräftige Stütze, als er vor etwa 11 Wochen, an Wassersucht leidend, aufs Krankenbett geworfen wurde. Außer seiner trauernden Familie, aus Frau und vier Kindern bestehend, — erstere durch die rastlose Pflege, welche sie ihrem Manne während dessen Krankheit widmete, jetzt selbst schwer erkrankt — hinterläßt Groß viele Freunde, welche sein Ableben aufs tiefste betrauern.

Das Leichenbegängniß fand am Dienstag den 12. Mai, Nachmittags, unter Betheiligung aller Vereine, welchen der Verstorbene bei Lebzeiten angehört, sowie unter den Klängen zweier Musikchöre statt. Behufs der Gedächtnißfeier, welche von der Sozialistischen Arbeiterpartei veranstaltet worden, wurde der Sarg nach dem großen Saal der Concordia Assembly Rooms transportirt, wo Genosse Rud. Praast eine ergreifende Ansprache an die äußerst zahlreich Versammelten beiderlei Geschlechts hielt, diese zum Schluß ermahnend, in dem werkthätigen Geiste des Todten fortzuarbeiten. Der mit Blumen beladene Sarg ward nach weiteren Abschiedsworten dann, und nachdem die Leidtragenden einen letzten Blick auf den dahingeschiedenen Freund und Kämpfer für die Arbeiterwelt geworfen hatten, wieder herabgetragen und seiner letzten Bestimmung zugeführt. Am Grabe sprach Agent J. Heinrichs im Namen der Soz. Arbeiterpartei noch einige Abschiedsworte, und wehmüthigen Herzens trennte man sich von der letzten Ruhestätte Eines, dessen Herz so rastlos für die Emanzipation des Proletariats geschlagen hatte."

Ehre seinem Andenken!

Die neuen Crispine.

(Das Zentrum stimmte mit allen — 108 — gegen 2 Stimmen für den Zolltarif.)

Die alten Schwarzen, die lass' ich in Ruh',
Die stahlen doch noch den Reichen das Leder
Und flickten den Armen damit die Schuh'.
Doch mit den heutigen bleibt mir zu Haus!
Ob auf der Tribün', ob auf dem Katheder,
Ein umgekehrter Crispin ist ein Jeder:
Zwar haben sie nicht verlernt das Gemaus, —
Doch stehlen sie jetzt den Armen das Leder,
Und machen den Reichen Stiefel daraus!

Franz.

Briefkasten

der Expedition: Andreas Mag: Bf. v. 21/5. erh. und Alles entsprechend beachtet. — Panzerschiff: Gewünschtes pr. P.-K. am 30/5 H. gesandt. — Ths. Rke. S. Francisco: (2 Doll.) Fr. 10 12 Ab. pr 1885 dkd. erh. Nur die Arbeitermarseillaise haben mit Noten. A. Höhn, Newyorker Volksztg., 184 Williamstr., kann vielleicht Weiteres beschaffen. Gruß! — J. N. St. Moritz: Fr. 4 — Ab. 2. u. 3. Qu erh. Engel „N. d. F." kostet mit Porto Fr. 1 30. — T. v. Main: Mk. 81 — Ab. 1. Qu. erh. — Zürich: Fr. 100 — (Mk. 80 —) f. die streikenden Tischler in Königsberg vom Landesausschuß deutscher Sozialisten dkd. erh. u. weiterbefolgt. — D. Mslr. Bsl.: Fr. 2 50 f. Photgr. erh. — W. Langner, Chicago: Fr. 35 45 (7 Doll.) à Cto. Ab. erh. — B. B. Liège: Fr. 12 — à Cto. Ab. erh. — Clautus: Mk. 150 — à Cto alte Rechngn. erh. Bf. erw. — Zürich: Mk. 15 70 gesammelt unter den „Züricher Indianern" für die streikenden Tischler in Königsberg dkd. erh. u. abges. — St. Stff. O'strß.: Fr. — 75 f. S.-D. erh. — G. G. in B.: Fr. 30 — à Cto. Abon. u. Schft. pr. Brn. erh. Bfe. v. 24. u. 26/5. mit 22 beantw. Sdg. am 29/5. ab. — Der Alte v. Berge: Fr. — 35 f. Schft. erh. — W. Hft. Zürich: 50 Cts. für 1 Expl. „S.-D." dkd. erh. — Veilchenstein: Mk. 120 — pr. Ab. u. Schft. nebst Ggnrchn. lt. Aufstllg. gutgebr. Weiteres dkd. notifizirt. Gewünschtes besorgt. — Dr. G. K. M.: Mk. — 40 f. Schft. erh. Bsl. Weiteres. „Bw." folgt sobald versandtfertig. — Nr. 100: Mk. 3 10 Ab. Juni bis Ende August u. Bldr. nebst Porto erh. — B. Corgier: Fr. 2 80 Ab. Juni u. 3. Qu. erh. pr. N. N. — Stapelmohr, Genf: Fr. 2 10 Ab. Juni bis Ende August f. W. Cppt. pr. N. N. erh. — Lsf. Bern: Fr. 2 10 Ab. Juni bis Ende August pr. N. N. erh. — Ferd.: Bfe. v. 1/6. kreuzten sich. Fds. nächstens. — Schnürung: Gewünschtes am 2/6. an Bst. — Roland II.: Nachr. v. 1/6. erh. Weiteres angenehm. — Dreifuß 1/2. Bstllg. notirt. Adr. notirt. „Wke." sobald Drucklegung durchgeführt. — Paul Spdg.: Bstllg. ab. Adr. geordn. Weiteiteres übergeben. — †††himmel — —: Auszug über „Wke." am 2/6. ab. Weiteres lt. P.-K. v. 2/6. ds. F. liegt aber doch stets separat bandirt bei! — D. Vorwärts in Jammerthal: Bf. am 28/5. erh. Sofort nach P. geschrieben. Bis zum 3/6. ohne Antwort hier. Vielleicht dort? — Bayer. Hiesl: Erwartetes noch eingetroffen? — Schwalbe: Adr. notirt. Avisirtes erwartet. — J. H.: P.-K. vom 30/5 erh. u. am 1/6. beantw. Bstllg. folgt. — Claus Groth: Irrthum des Packers am 1/6. berichtigt. Bstllg. „Bw." folgt nach Vorschrift. — Feuerländer: Etwas deutlicher ausgedrückt, bringt uns nicht um. Gruß! — -h.: Adr. notirt. Die unsrigen sind noch alle gut. — Luzifer H.: Bf. v. 1/6. erh. Mit Nr. 5 je 25 Bw. 1 und 2 ab hier verpackt. Sonderbar, daß nur 8 Stück 1 „unter der Hand" Liebhaber fanden. 10% u. Retournirung der „Utopie" per fdd. stehen frei. Bstllg. Fr. demnächst. — L. M. Hmg.: Mk. 4 30 Ab. 3. Qu. erh. — H. H. Bdf.: Mk. 1 — Ab. Juni erh. — Heinrich: Mk. 32 — à Cto. Ab. ꝛc. erh. Von hier aus Alles für Lz. korrekt ab. Reklamirtes recherchirt. — Kopenhagen: C. Hrd.: Fr. 44 46 Ab. 2. Qu. erh. Remittenden baldig erwartet. Gruß! — Feuerblume: Adr. und Bstllg. vorgemerkt. — F. H. M. Gld.: Mk. 6 — Ab. bis Ende 3. Qu. erh. — Mailde: „Schwz. Lst." mit 20 erh.? Grobheit ist allerdings mitunter der „heitere Zeuge eines frohen Selbstbewußtseins". Trösten Sie sich also mit Ihrer Antwort für das Vermißte. Gruß! — Alte Flagge, Beacon-Falls: Bericht u. Bf. eingetroffen. Weiteres demnächst. Dank und Gruß! — A. in Z.: Wegen Salomon, Sally, Salis in der nächsten Nummer.

Zur Beachtung.

Von der R. E. Fink'schen Buchhandlung in Gera (R. j. L.) ist zu beziehen:

1) Das lebensgroße **Porträt Ferd. Lassalle's** (Lithographie) Preis pro Stück 1 Mk. Auf 12 Stück 1 Freiexemplar. Wiederverkäufer Rabatt. Lieferung nur gegen baar oder Nachnahme.
2) Das **Porträt Wilh. Bracke's** (Holzschnitt, Folioformat). Preis pro Stück: 25 Pf.

Zürich Samstag, 6. Juni, Abends 8 Uhr, im Saale des Kafe Keßler:

Oeffentliche

Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:

Einige Tagesfragen.

Referent: Bgr. Bernstein.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Lokalausschuß.

Jedermann hat Zutritt.

Antwerpen Parteigenossen, welche die hiesige Ausstellung besuchen wollen, finden bei **Coenen, Dambruggenstr. 11,** in der Nähe des Bahnhofs, gutes und billiges Logement.

Paris Das Verkehrslokal der deutschen Sozialisten in Paris ist: „Deutscher Leseclub", Café de la Ville, rue de Rivoli 78.

Jeden Samstag Abend Zusammenkunft.

Verkäufer des „Sozialdemokrat" ist: **Oscar Greif**, rue Roger 1, Montrouge-Paris.

Sozialistische Arbeiterpartei Amerika.
Sektion New-York.

Sitzung des Zentralkomites jeden Freitag Abends 8 Uhr in Lincoln Hall, Ecke Allen und Houston Street.

Jeden Samstag finden Versammlungen statt. Näheres siehe „New-Yorker Volkszeitung", besonders Freitags und Samstags.

Schweizerische Genossenschaftsbuchdruckerei in Hottingen-Zürich.